

## D. Länderanalyse Deutschland

### I. Historische Ausgangslage der Aufarbeitung

Die historischen Wurzeln des SED-Regimes liegen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), wo die entscheidenden strukturellen Weichen für das Einparteiensystem gestellt wurden.<sup>619</sup> Bereits vor Ende des Zweiten Weltkriegs gab es jedoch erste Pläne für die Gestaltung eines antifaschistischen und demokratischen Nachkriegsdeutschlands mit der Kommunistischen Partei Deutschlands an der Spitze.<sup>620</sup>

Am 5. Juni 1945 übernahm die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Regierungsgewalt in der SBZ, die aus den (zentral-)östlichen Teilen Deutschlands bestand;<sup>621</sup> der Berlinsektor umfasste die acht östlichen Stadtbezirke Berlins.<sup>622</sup> Bereits wenige Tage nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die SMAD entstand in der SBZ die Kommunistische Partei Deutschlands (Ost-KPD) – gefolgt von Gründungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Ost-SPD), der Christlich Demokratischen Union (Ost-CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP).<sup>623</sup> Zu Beginn des Jahres 1946 drängte die SMAD massiv auf eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien Ost-KPD sowie Ost-SPD und schreckte dabei nicht vor Verhaftungen, Drohungen sowie Einschüchterungen von Einheitskritiker:innen der Ost-SPD zurück.<sup>624</sup> Auch die Führungsriege der Ost-KPD hatte erkannt, dass die kommunistische Partei weniger Unterstützung aus der Bevölkerung erhielt als erwartet, und befürwortete nun eine Vereinigung, die sie wenige Zeit zuvor noch

---

619 Benz, in: Benz/Scholz, Gebhardt, Band 22, 2009, S. 1 (35); die grundlegende Weiche für das SED-Regime wurde mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg gestellt, siehe Wilke, Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages, Deutschland Archiv 30 (1997), S. 607 (612).

620 Schroeder, Der SED-Staat, 2013, S. 1, 2.

621 Siehe dazu auch Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Sowjetische Besatzungszone, abrufbar unter <<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/sowjetische-besatzungszone>> abgerufen am 26.07.2021.

622 Benz, in: Benz/Scholz, Gebhardt, Band 22, 2009, S. 1 (181).

623 Ebd., S. 1 (74).

624 Malycha/Winters, Die SED, 2009, S. 31.

abgewehrt hatte.<sup>625</sup> Im April 1946 schlossen sich schließlich Ost-KPD und Ost-SPD auf dem sog. Vereinigungsparteitag zur SED zusammen.<sup>626</sup>

Die SMAD und die auf ihr Geheiß hin tätig werdenden deutschen Kommunist:innen hatten bereits im Jahre 1945 damit begonnen, anhand diverser Strukturreformen eine gesellschaftliche Umwälzung nach sowjetischem Beispiel voranzutreiben.<sup>627</sup> Zu den Reformen zählten insbesondere eine Bodenreform und Enteignungen von Industriebetrieben sowie Reformen des Schulwesens und der Justiz. Im Rahmen der Bodenreform wurde privater Großgrundbesitz, der mehr als 100 Hektar umfasste, entschädigungslos enteignet. Für eine Gewährung von Entschädigungen positionierten sich damals insbesondere Anhänger:innen der Ost-CDU, obgleich beide bürgerliche Parteien, Ost-CDU und LDP, die Reform im Allgemeinen begrüßten.<sup>628</sup> Vertreter:innen der SMAD und SED benutzten dabei die Entnazifizierung als Instrument zur Enteignung politisch Andersdenkender und zur Stärkung der Vormachtstellung der SED, indem sie politisch unliebsame Personen als NS-Täterpersonen bezeichneten.<sup>629</sup> In dem Veränderungsprozess der Besatzungszone dienten zudem sowjetische Internierungslager nicht nur dem Zweck einer Inhaftierung ehemaliger Nationalsozialist:innen, sondern brachten ebenfalls Kritiker:innen der gesellschaftlichen Umgestaltung zum Schweigen.<sup>630</sup>

Bereits kurz nach Gründung der SED nahm die kommunistische Führungsgriege um den deutschen Kommunisten Walter Ulbricht, in Anlehnung an Schriften von Wladimir Lenin und Josef Stalin, eine Umformung der SED zu einer autoritären, hierarchischen Partei vor.<sup>631</sup> Der Umwandlungsprozess ging mit Repressionen innerhalb und außerhalb der SED einher. Mit Unterstützung der sowjetischen Sicherheitsdienste führte die SED-Parteiführung sog. Parteisäuberungen in den eigenen Reihen durch.<sup>632</sup> Ferner gerieten die bürgerlichen Parteien unter den Generalverdacht, Reaktionär:innen ein Forum zu bieten und auf diese Weise

---

625 *Mäblert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 10.

626 *Benz*, in: Benz/Scholz, Gebhardt, Band 22, 2009, S. 1 (149).

627 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 2, 26, 29.

628 *Mäblert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 9.

629 *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 27.

630 *Benz*, in: Benz/Scholz, Gebhardt, Band 22, 2009, S. 1 (115).

631 *Malycha/Winters*, Die SED, 2009, S. 52-55.

632 *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 26.

den gemeinsamen Aufbau des Nachkriegsstaats zu gefährden.<sup>633</sup> Bekannte Politiker:innen der LDP wurden verhaftet, andere Liberaldemokrat:innen wurden verdächtigt, zur Zusammenarbeit erpresst, vorgeladen und/oder für kurze Dauer inhaftiert. Auch die Neugründungen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und der National-Demokratischen Partei Deutschlands auf Geheiß der SMAD beschnitten die Selbständigkeit der beiden bürgerlichen Parteien erheblich.<sup>634</sup>

Auf internationaler Ebene waren sowjetische Besatzungszone und später die DDR an der Seite der Sowjetunion eng in den Kalten Krieg gegen die USA eingebunden. Mit dem Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt im Jahre 1956 sollte die Ostanbindung der DDR einen vorläufigen Höhepunkt erreichen.<sup>635</sup> Die Konkurrenz der Systeme war vor diesem Hintergrund ein ständiges begleitendes Motiv. Bereits nach Kriegsende hatten sich die unterschiedlichen Interessenlagen immer unversöhnlicher zugespitzt.<sup>636</sup> Nachdem in Westdeutschland die Wahlen zum Bundespräsidenten und zum Bundeskanzler stattgefunden hatten, befürwortete der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Stalin, eine Staatsgründung auf dem Gebiet der SBZ.<sup>637</sup> Am 7. Oktober 1949 ernannte sich der Deutsche Volksrat zur provisorischen Volkskammer<sup>638</sup> und verlieh einer Verfassung Geltung.<sup>639</sup>

Die ersten zwanzig Jahre der neu gegründeten DDR standen unter dem maßgeblichen Einfluss von Ulbricht. Dieser propagierte auf einer Parteikonferenz der SED im Juli 1952 nun explizit die Implementierung des Sozialismus.<sup>640</sup> Dazu zählten in wirtschaftlicher Hinsicht schon früh die Gründungen von Produktionsgenossenschaften in Landwirtschaft und Handwerk.<sup>641</sup> Auf politischer Ebene übernahm der zentrale Parteiapparat bereits zu Beginn der DDR mehr und mehr die Aufgabe, die anderen

---

633 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Bogisch*, SED-Hegemonialpolitik contra Blockdemokratie, 2011, S. 28.

634 *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 12.

635 Ebd., S. 20.

636 Erinnert sei an dieser Stelle insbesondere an die Fulton-Rede, die Truman-Doktrin, die Außenministerkonferenz im März/April 1947, die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 und die sowjetische Berlin-Blockade.

637 *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 80.

638 Die Volkskammer fungierte als Parlament der DDR.

639 *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 82.

640 *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 16.

641 Ebd., S. 16.

Staatsgliederungen zu lenken.<sup>642</sup> Sukzessive wurden alle wichtigen Positionen im Staat mit parteiloyalen Funktionär:innen besetzt. Zur Absicherung der eigenen Vorherrschaftsstellung führte die SED in der jungen DDR sog. Säuberungen im eigenen Parteiapparat durch. Dazu trat eine massive Repression gegenüber Politiker:innen der Ost-CDU und der LDP, die nicht selten in einer Flucht der Politiker:innen in den Westen endete. Mitte der 1950er-Jahre ließ die SED-Führungsriege zudem die Justiz mit äußerster Härte gegen Andersdenkende in den Bereichen Kultur und Wissenschaft vorgehen. Vor diesem Hintergrund waren Repressionen bereits zu Beginn der DDR eine ständige Begleiterscheinung.

Ein erster und zugleich letzter großer Protestaufstand vor der friedlichen Revolution ereignete sich in den ersten Jahren der DDR. Interessanterweise waren es insbesondere die Arbeiter:innen des vermeintlichen Arbeiter- und Bauernstaats, die sich gegen die Regierung zur Wehr setzten.<sup>643</sup> Im Mai 1953 war eine Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens 10 % beschlossen worden.<sup>644</sup> In Protest dagegen fanden sich am 16. Juni 1953 Bauarbeiter:innen in Ost-Berlin zusammen und forderten nicht nur die Rücknahme der Normerhöhung, sondern ebenso einen Regierungswechsel. Am 17. Juni 1953 mündeten die Proteste in einem Volksaufstand, in dessen Rahmen sich hunderttausende Menschen in der gesamten DDR an Streiks und Demonstrationen beteiligten. Von Anfang an kumulierten soziale und politische Forderungen nach einer Beseitigung des Regimes. Die sowjetischen Militärs schlugen den Aufstand jedoch nieder und sicherten so das System und die Vorherrschaft der SED. Mindestens 55 Menschen ließen im Rahmen der Unruhen ihr Leben.<sup>645</sup> In der Folge machte die politische Führung zunächst einige Zugeständnisse, die sich in verbesserten Lebensbedingungen auswirkten. Andererseits begann sie mit einem Ausbau des Sicherheitssystems, um etwaige künftige Unruhen bereits im Keim zu ersticken. Die Führungsspitze der SED hatte bereits im Jahre 1950, als Nachfolger des 1948 gegründeten Ausschusses zum Schutze des Volkseigentums,<sup>646</sup> das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegründet.<sup>647</sup> Das

---

642 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 93, 94.

643 *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 18.

644 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 94-100.

645 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 18, 19.

646 *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 32.

647 *Ebd.*, S. 93.

Ministerium entwickelte sich in den nächsten Jahren zum sog. Schild und Schwert der Partei, wie es sich selbst bezeichnete. Das ehemals sowjetische Speziallager in Berlin-Hohenschönhausen, das der DDR am 1. März 1951 übergeben wurde, fungierte als wichtigstes Untersuchungsgefängnis des MfS.<sup>648</sup>

Gegen Ende der 1950er-Jahre erfuhr die Bevölkerung infolge einer sich langsam entwickelnden Konsumgüterindustrie eine Erhöhung des Lebensstandards.<sup>649</sup> In der Folge sank die Anzahl der DDR-Flüchtlinge. Die Hochphase hielt jedoch nicht lange an. Die Führungsriege der SED ging, von dem Wunsch getrieben, die sozialistische Transformation endlich zu vollenden, schnell wieder dazu über, die Landwirtschaft und das Handwerk in Produktionsgenossenschaften zu drängen. Die daraus resultierenden Versorgungsengpässe und die Verschärfung der politischen Linie im Allgemeinen führten dazu, dass Massen an Bürger:innen die DDR verließen. Um die gewaltigen Flüchtlingsbewegungen zu verhindern,<sup>650</sup> entschloss sich die SED-Führung, mit Einverständnis der Besatzungsmacht, zum Mauerbau. In der Nacht auf den 13. August 1961 trennte die Volkspolizei unter Mithilfe sog. Kampfgruppen der Arbeiterklasse West- und Ostberlin mit Stacheldraht ab. An die Stelle des Stacheldrahts trat nach und nach die Mauer. Noch 1961 bestätigte Honecker explizit, dass die Grenzwächter:innen Gebrauch von ihren Schusswaffen machen dürfen, um Menschen an der Flucht zu hindern. Mindestens 140 Menschen starben an der Berliner Mauer in Zusammenhang mit Aktionen der Grenzorgane oder im Rahmen von Fluchtaktionen, wobei weit mehr Menschen in einem weiteren Zusammenhang mit dem Regime ihr Leben ließen.<sup>651</sup> Neben den Ereignissen vom Juni 1953 rief der Bau der Mauer bei vielen Menschen das Gefühl hervor, dass sich die politischen Bedingungen nicht mehr ändern würden.<sup>652</sup> Zwar fanden in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre zunächst Reformen im Kulturbereich statt, die von dem Wunsch der SED-Führungsriege, die Bevölkerung ruhigzustellen, begleitet waren.<sup>653</sup> Doch bereits Mitte der 1960er-Jahre wendete sich das Bild wieder, als die SED dem intellektuellen und kulturellen Treiben ein scharfes Ende setz-

---

648 Ebd., S. 96.

649 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 22, 23.

650 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Scholz*, in: *Benz/Scholz, Gebhardt*, Band 22, 2009, S. 223 (394-400).

651 *Hertle/Nooke*, *Die Todesopfer an der Berliner Mauer*, 2019, S. 537.

652 *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 910.

653 In diese Richtung *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 25.

te, indem sie unter anderem Auftrittsverbote gegenüber Künstler:innen anordnete und Zensuren vorschrieb.<sup>654</sup> Die letzten Hoffnungen auf eine politische Erneuerung starben für viele mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei im August 1968.<sup>655</sup>

1971 fand ein entscheidender Machtwechsel an der Spitze der SED-Führungsriege statt. Die Machtübergabe zwischen Ulbricht und dem jüngeren deutschen Kommunisten Erich Honecker war lange vorbereitet worden. Honecker war es nicht nur gelungen, die Mehrzahl des höchsten deutschen Führungsstabs, des sog. Politbüros, für sich zu gewinnen – er hatte auch die sowjetischen Entscheidungsträger:innen auf seine Seite gezogen.<sup>656</sup> Honecker prägte die Entwicklung der DDR ab 1971 maßgeblich. Der Beginn der 1970er-Jahre war zunächst durch einen wirtschaftlichen Aufschwung, der mit einer Erhöhung des Lebensstandards kumulierte, gekennzeichnet.<sup>657</sup> Um die zugrunde liegenden umfassenden Sozialmaßnahmen finanzieren zu können, mussten im Westen erhebliche Kredite aufgenommen werden. Zu Beginn der 1970er-Jahre fand zudem eine Annäherung zur Bundesrepublik Deutschland statt. Doch die Ruhigstellung der Bevölkerung währte nicht einmal bis in die zweite Hälfte der 1970er-Jahre. Nicht nur stoppte der wirtschaftliche Aufschwung infolge der internationalen Ölkrise kurzzeitig. Mit der Ausbürgerung des regimekritischen Liedermachers Wolf Biermann, der vielen Intellektuellen zu einer Ikone geworden war, brachte die SED-Führungsriege viele Schriftsteller:innen, Künstler:innen und Intellektuelle gegen sich auf. Die politische Führung reagierte mit Verhaftungen, Parteistrafen und sonstigen Schikanen. Für viele Intellektuelle war nun endgültig jede Hoffnung auf Reformen gestorben und viele Kritiker:innen verließen die DDR.

Das MfS ging in der Ära Honeckers zu der Anwendung unauffälligerer Maßnahmen wie sozialer Ausgrenzungen, Bestechungen und sog. Zersetzungsmaßnahmen über.<sup>658</sup> Unter die Zersetzungsmaßnahmen fielen unter anderem die Verbreitung von kompromittierendem Material sowie organisierte private und berufliche Misserfolge.<sup>659</sup> Für die Umsetzung der Maßnahmen wurden sog. inoffizielle Mitarbeiter:innen, die geheim für das MfS arbeiteten, eingesetzt. Dies hatte bereits unter Ulbricht seinen

---

654 *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 25, 26.

655 Ebd., S. 26.

656 Ebd., S. 29.

657 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 29-33.

658 *Scholz*, in: Benz/Scholz, Gebhardt, Band 22, 2009, S. 223 (460).

659 Ebd., S. 223 (460).

Anfang genommen. Allerdings fand unter Honecker ein extremer Ausbau des Sicherheitsapparats statt. Im Vergleich zu den späten 1960er-Jahren verdoppelte sich nun die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter:innen nahezu.<sup>660</sup> Die Anzahl der inoffiziellen Mitarbeiter:innen erhöhte sich zudem von 100 000 Menschen im Jahre 1968 auf 180 000 Menschen.<sup>661</sup>

Obwohl auch noch der Beginn der 1980er-Jahre innenpolitisch durch scharfe Repressions- und Zersetzungsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Gruppen gezeichnet war,<sup>662</sup> fanden mehr und mehr Menschen ihre Stimme und artikulierten Kritik an dem SED-Regime. Dabei bot die Kirche, die im Gegensatz zu allen anderen Institutionen nicht gleichgeschaltet war, angehenden Bürgerrechtler:innen Schutz.<sup>663</sup> Zum Beispiel initiierte der damalige Pfarrer und spätere Vorsitzende der ersten deutschen Wahrheitskommission, Rainer Eppelmann, den „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“, wofür er für kurze Dauer inhaftiert wurde.<sup>664</sup> Allen Protesten zum Trotz erwies sich die SED-Führungsriege durchweg als reformunfähig.<sup>665</sup> Weder die eigenen Bürger:innen, noch die nunmehr reformbereite sowjetische Führungsspitze konnten daran etwas ändern. Michail Sergejewitsch Gorbatschow hatte 1985 den Posten des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angetreten<sup>666</sup> und einen Reformprozess eingeleitet. Ungeachtet mehrerer Impulse zur Implementierung von Reformen seitens Gorbatschow beharrte die Führungselite der DDR weiterhin auf ihrem Konservatismus.<sup>667</sup> Mit dem Amtsantritt von Gorbatschow hatte sich auch auf internationalem Parkett eine gewisse Entspannung eingestellt, nachdem der Kalte Krieg gegen Ende der 1970er-Jahre mit der Platzierung sowjetischer Mittelstreckenraketen in Osteuropa und dem Nato-Doppelbeschluss wieder eine Verschärfung erfahren hatte.<sup>668</sup>

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre kanalisierte sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung stärker. In den Blick der einzelnen Friedens- und

---

660 *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 35.

661 Ebd., S. 35.

662 *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 297.

663 *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 36; dass auch Kirchen zum Teil von Mitarbeiter:innen der Staatsicherheit unterwandert waren, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht allgemein bekannt, *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 37.

664 *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 300.

665 In diese Richtung *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 39.

666 *Schroeder*, Der SED-Staat, 2013, S. 303.

667 Ebd., S. 327.

668 *Mählert*, Geschichte der DDR, 2011, S. 37, 39.



Umweltgruppen gerieten nun vermehrt Menschenrechtsfragen.<sup>669</sup> Parallel zu den Protesten reichten in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre sehr viel mehr Menschen Ausreiseanträge ein als in den Jahren zuvor. Als die Möglichkeit entstand, die DDR über bundesdeutsche Botschaften und später dann auch über Ungarn zu verlassen, entwickelte die Fluchtbewegung aus der DDR eine ungeahnte Dynamik. Die Lage spitzte sich im Jahre 1989 immer weiter zu. Hierzu trugen auch die Wahlfälschung der Kommunalwahlen in der DDR, das Massaker in Peking und die Erschießung des zwanzigjährigen Chris Gueffroy an der Berliner Mauer bei.<sup>670</sup> Die Montagsdemonstrationen in Leipzig, die im Herbst 1989 stattfanden, markierten den Anfang der Transition der DDR.<sup>671</sup> Die erste große Demonstration Anfang September zog Festnahmen von 89 Demonstrierenden nach sich und resultierte in einer Solidarisierung mit den Inhaftierten und in weiteren Demonstrationen in anderen Gegenden.<sup>672</sup> Am 2. Oktober demonstrierten bereits 20 000 Menschen öffentlich in Leipzig und skandierten Parolen wie „Gorbi, Gorbi“ und „Stasi weg“.<sup>673</sup> Als Züge, die DDR-Flüchtlinge transportierten, zwei Tage später Dresden passierten, ereigneten sich gewalttätige Auseinandersetzungen und mehrtägige Unruhen.<sup>674</sup> Eine Woche später, am 9. Oktober, demonstrierten bereits mehr als 70 000 Menschen in Leipzig.<sup>675</sup> Wie ein Wunder verlief die Demonstration ohne Gewalt.<sup>676</sup> Anders als noch bei dem Volksaufstand von 1953 konnte die Führungsriege der SED nun nicht mehr auf die Unterstützung der Sowjetunion zählen.<sup>677</sup> Mit der Reformpolitik Gorbatschows kündigte sich stattdessen der Untergang des sog. Ostblocks an. Innerhalb der SED zeigten sich immer stärkere Auflösungstendenzen.<sup>678</sup> Die DDR-Regierung

---

669 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 328.

670 *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 40, 41.

671 In diese Richtung *Bundeszentrale für politische Bildung*, *Politischer Systemwechsel, Die Transformation Ostdeutschlands: Der Weg von der DDR zur Bundesrepublik*, abrufbar unter <<https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lang-e-wege-der-deutschen-einheit/47082/politischer-systemwechsel>> abgerufen am 26.07.2021.

672 *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 42.

673 *Eckert*, *Opposition, Widerstand und Revolution*, 2014, S. 257.

674 *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 42.

675 *Eckert*, *Opposition, Widerstand und Revolution*, 2014, S. 269, 270.

676 *Ebd.*, S. 270.

677 In diese Richtung *Mählert*, *Geschichte der DDR*, 2011, S. 43.

678 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 328-337.



trat am 7. November 1989 zurück. Das Politbüro wurde einen Tag später neu gewählt und schickte das Politbüro-Mitglied Egon Krenz als neuen Generalsekretär in einen aussichtslosen Kampf. Auch er konnte den Untergang der DDR nicht mehr aufhalten. Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 öffneten sich für DDR-Bürger:innen die Grenzen zu West-Berlin und damit zur Bundesrepublik Deutschland. Vielen Oppositionellen war es zu Beginn der Revolution nicht um die Abschaffung, sondern um eine Reformierung der DDR gegangen.<sup>679</sup> Und tatsächlich fand noch vor der deutschen Wiedervereinigung eine Demokratisierung in der DDR statt.<sup>680</sup> Dennoch konnte der Wille der Bevölkerungsmehrheit nach einer Überwindung des Systems und einem Zusammenschluss mit der Bundesrepublik Deutschland spätestens seit dem Mauerfall nicht mehr negiert werden. In diesem Kontext entfalteten die ersten freien demokratischen Volkskammerwahlen vom 18. März 1990, in deren Rahmen die Bevölkerungsmehrheit für einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland votierte, eine signifikante Bedeutung.<sup>681</sup> Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland nach dem damaligen Art. 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bei.

Gegen Ende der 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre entstanden rege Diskussionen über den Umgang mit dem SED-Unrecht.<sup>682</sup> Das Unrecht, das sich unter dem SED-Regime ereignet hatte, war mannigfaltig. Mit den Tötungen an der Mauer und den Maßnahmen, die gegen Teile der Opposition verhängen worden waren, hatten Menschen individuelle Straftaten begangen. Mit der dauerhaften Beschränkung der Freizügigkeit, einer eingeschränkten Meinungsfreiheit und verweigerten beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von unliebsamen Menschen trat neben die einzelnen Straftaten ein systemisches Unrecht. Zudem wurde ein großer Bereich von moralischem Unrecht offenbar, das sich insbesondere in den Tätigkeiten von verdeckt arbeitenden Mitarbeiter:innen des MfS zeigte. Noch in der DDR entwickelte sich ein Konsens für eine zügige beherzte Ausein-

---

679 Eckert, *Opposition, Widerstand und Revolution*, 2014, S. 60.

680 Nach Richter, *Die doppelte Demokratisierung - eine ostdeutsche Besonderheit der Transition, Totalitarismus und Demokratie 3* (2006), S. 79 (81) fanden in der DDR und nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland insgesamt sechs Phasen der Demokratisierung statt.

681 Richter, *Die doppelte Demokratisierung - eine ostdeutsche Besonderheit der Transition, Totalitarismus und Demokratie 3* (2006), S. 79 (88-90).

682 Siehe zu den verschiedenen Mitteln im Umgang mit dem SED-Unrecht insbesondere Krüger, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131.

andersetzung mit dem Unrecht der Vergangenheit. Bürgerrechtler:innen besetzten am 4. September 1990 die ehemalige Zentrale des MfS und machten sich mit einem Hungerstreik gegen die Vernichtung der Akten, die das MfS zu vielen ehemaligen Bürger:innen der DDR angelegt hatte,<sup>683</sup> stark.<sup>684</sup> Tatsächlich konnten sie im Wege von Streiks und Besetzungen erzwingen, dass die Thematik der Akten in den deutschen Einigungsvertrag aufgenommen wurde.<sup>685</sup> So wurde am 18. September eine Zusatzklausel, die den Umgang mit den Akten des MfS regelte, in dem Einigungsvertrag verankert.<sup>686</sup> Die neue DDR-Regierung ernannte einen Tag später Gauck zum sog. Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdiensts der DDR.<sup>687</sup> Der dem Sonderbeauftragten unterstehende Ausschuss, der die Auflösung des MfS kontrollieren sollte, das nun in das Amt für Nationale Sicherheit umgewandelt war, handelte mit dem Innenministerium der DDR die Möglichkeit persönlicher Akteneinsichten und eine separierte Lagerung der Akten aus und setzte so die Forderung vieler Bürgerrechtler:innen nach Akteneinsichten um.<sup>688</sup> Im Zuge der Aktenöffnungen durch die BStU kam es zu mehreren spektakulären Enthüllungen ehemaliger verdeckt arbeitender Mitarbeiter:innen des MfS durch die mediale Öffentlichkeit.<sup>689</sup>

Bevor die Einsetzung einer Kommission diskutiert wurde, hatten Strafgerichte schon lange ihre Tätigkeit aufgenommen,<sup>690</sup> nachdem viele verärgerte Bürger:innen Strafverfahren gegen die Täterpersonen des Regimes gefordert hatten.<sup>691</sup> Bereits im November 1989 fanden erste Verfahren gegen ehemalige Volkspolizist:innen statt.<sup>692</sup> Mit den ersten Strafverfah-

---

683 In den Akten waren zum Teil umfassende Informationen zu Bürger:innen festgehalten, wie Informationen zu deren sozialen Netzwerken, beruflichen Tätigkeiten und privaten Interessen.

684 *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 391.

685 *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (132).

686 *Schroeder*, *Der SED-Staat*, 2013, S. 391.

687 *Ebd.*, S. 391.

688 *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (132).

689 *Tagesspiegel*, *Stasi-Akten, Erbe Ost und Erbe West*, abrufbar unter <<https://www.tagesspiegel.de/politik/stasi-akten-erbe-ost-und-erbe-west/1909046.html>> abgerufen am 26.07.2021.

690 Siehe zu der strafrechtlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechts *Marxen/Werle/Vornbaum*, *Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht*, 2020.

691 *Bock*, in: Bock/Wolfrum, *Umkämpfte Vergangenheit*, 1999, S. 82 (89).

692 *Ebd.*, S. 82 (89).

ren wurde die Forderung nach einer Generalamnestie für Täterpersonen laut.<sup>693</sup> Als Argument hierfür wurde unter anderem angeführt, dass es nun gelte, dringende gegenwärtige Herausforderungen mit Blick in die Zukunft zu bewältigen und daher keine Auseinanderentwicklung der ost-deutschen<sup>694</sup> Bevölkerung riskiert werden dürfe.<sup>695</sup> Eppelmann forderte im Jahre 1990, der Vergangenheit den Rücken zu kehren, indem er sagte: „Wir müssen jetzt einen Schlußstrich ziehen und sagen, laßt uns nach vorn gucken in dem Bewußtsein, daß es hinter uns viel Schuld gibt.“<sup>696</sup> Gegen eine Amnestie führten Teile der Bürgerrechtsbewegung hingegen an, dass den Opfern eine gerichtliche Klärung bzw. Aufklärung der Taten ermöglicht werden müsse.<sup>697</sup> Die Amnestiedebatte hielt bis in das vereinigte Deutschland hinein an. Noch nach der Wiedervereinigung setzte sich der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble für eine Amnestierung von Spion:innen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland ein und die als Nachfolgerin der SED entstandene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) brachte noch 1995 einen Gesetzesentwurf für eine Amnestie im Bundestag ein. Im Ergebnis konnte sich jedoch keiner der Amnestievorschläge durchsetzen.

---

693 Krüger, in: Buckley-Zistel/Kater, Nach Krieg, Gewalt und Repression, 2011, S. 131 (134); siehe zu den Diskussionen um eine Amnestievergabe *Kreicker et al.*, in: Eser/Arnold, Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht, Band 2, 2000, S. 525-527.

694 In der vorliegenden Arbeit werden die Begriffe „ostdeutsch“ und „Ostdeutschland“ für diejenigen Gebiete Deutschlands verwendet, die zu der DDR gehörten bzw. nach der Wiedervereinigung als „neue Bundesländer“ in Deutschland aufgingen.

695 *Kreicker et al.*, in: Eser/Arnold, Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht, Band 2, 2000, S. 525; siehe auch *Der Spiegel* 14/1990, »Wir haben Lynch-Stimmung«, Interview mit Rainer Eppelmann, abrufbar unter <<https://www.spiegel.de/politik/wir-haben-lynch-stimmung-a-4c5e00e4-0002-0001-0000-000013497249?context=issue>> abgerufen am 26.07.2021.

696 *Der Spiegel* 14/1990, »Wir haben Lynch-Stimmung«, Interview mit Rainer Eppelmann, abrufbar unter <<https://www.spiegel.de/politik/wir-haben-lynch-stimmung-a-4c5e00e4-0002-0001-0000-000013497249?context=issue>> abgerufen am 26.07.2021.

697 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Kreicker et al.*, in: Eser/Arnold, Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht, Band 2, 2000, S. 526, 527; siehe dazu auch den Gesetzesentwurf der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS, BT-Drs. 13/1823.

Unter dem Eindruck einer von vielen gefühlten Unzulänglichkeit der Strafverfahren entstand die Idee eines Tribunals.<sup>698</sup> Ein Tribunal sollte grundsätzlich die Möglichkeiten bieten, politische Schuld öffentlich zu diskutieren, Verantwortliche zu benennen und moralisch über Taten zu urteilen. Auf politischer Ebene beunruhigte die Vorstellung eines vom Bundestag unabhängigen Tribunals. Dabei wurde insbesondere befürchtet, ein Tribunal könnte einseitig instrumentalisiert werden. In Reaktion auf die Forderungen und Diskussionen rund um ein Tribunal wurde schließlich die Variante einer demokratisch legitimierten Enquete-Kommission ins Gespräch gebracht. Mit dieser Idee war das Anliegen verbunden, den reißerischen Umgang mit den Stasi-Enthüllungen durch einen analytischen Aufarbeitungsansatz abzulösen.<sup>699</sup> Nachdem bereits die Volkskammer erste Erwägungen zu der Einsetzung einer solchen Kommission angestellt hatte,<sup>700</sup> gewann die Überlegung ab 1991 immer mehr Reichweite, dass auch der Bundestag einen Beitrag zur Aufarbeitung leisten müsse.<sup>701</sup>

## II. Aufarbeitung durch die erste deutsche Wahrheitskommission

Die Aufarbeitung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ begann im Jahre 1992. Sie ergänzte Strafverfahren und die Aufarbeitung durch die BStU. Bei der Kommission handelte es sich um eine Enquete-Kommission auf Bundesebene, deren Einberufen in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT)<sup>702</sup> unter § 56 (früher § 74a) verankert ist.<sup>703</sup> Der genaue Auftrag der Kommission ergab sich aus zwei Beschlüssen des 12. Deutschen Bundestags.

---

698 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, Nach Krieg, Gewalt und Repression, 2011, S. 131 (135-137).

699 *Wüstenberg*, Aufarbeitung oder Versöhnung, 2008, S. 80.

700 *Eppelmann*, in: Eppelmann/Faulenbach/Mählert, Bilanz und Perspektiven, 2003, S. 401 (401).

701 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 7.

702 Bei der GO-BT handelt es sich um sog. Parlamentsinnenrecht.

703 § 56 GO-BT ist die einzige Grundlage von Enquete-Kommissionen. Es gibt weder eine gesetzliche noch eine verfassungsgesetzliche Grundlegung, siehe *Klein*, in: Maunz/Dürig, 2021, S. 34; früher war die Frage nach der verfassungsrechtlichen Verankerung von Enquete-Kommissionen umstritten, siehe *Altenhof*, Die Enquete-Kommissionen, 2002, S. 70-75.

## 1. Entwicklung des Mandats

Am 28. November 1991 forderte Markus Meckel, Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die Einsetzung einer „Enquete-Kommission zur Feststellung der Vorgänge, Zusammenhänge und strukturellen Verantwortlichkeiten in den 40 Jahren der DDR“.704 Meckel erhoffte sich von einer solchen Kommission, dass sie die politische Aufarbeitung bewahren und den Glauben an Rechtsstaat und Demokratie fördern würde.705 Im Gegensatz zur medialen Öffentlichkeit, die sich nicht besonders interessiert an dem Vorschlag zeigte, fand der Vorstoß Unterstützung im Bundestag.706 Mehrere Gruppen und Fraktionen des 12. Deutschen Bundestags stellten Anträge auf Einsetzung einer Kommission. Die SPD-Fraktion forderte die „Einsetzung einer Enquete-Kommission ‚Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR‘“,707 deren Fokus auf die Dokumentation von Machtstrukturen, Repressionen sowie deren Effekte für das Verhalten der DDR-Bürger:innen ausgerichtet sein sollte.708 Dabei müsse die Aufdeckung von Machtstrukturen in der SBZ und DDR auch die wahre Funktion der Blockparteien709 freilegen.710 Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen forderte die Einsetzung einer Kommission mit dem Namen „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“.711 Die Verfasser:innen betonten, dass ein Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit auf der Feststellung von Verantwortlichkeiten für die Taten, die sich im SED-Regime ereigneten, liegen müsse. Das besondere Merkmal dieses Antrags bestand in der Forderung, der Bundestag solle außerparlamentarische Aufarbeitungsinitiativen fördern. Die Gruppe

---

704 *Enquete-Online*, Pressemitteilung: Der SPD-Abgeordnete Markus Meckel fordert die Einsetzung einer Enquete-Kommission (28.11.91), Quelle: Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung, Vorlass Markus Meckel, Akte 70, abrufbar unter <<https://enquete-online.de/vorgeschichte/>> abgerufen am 26.07.2021.

705 Ebd.

706 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 27.

707 *Schwanitz et al.*, Antrag SPD-Fraktion, in: BT, Materialien, 12. WP, Band I, 1995, S. 3 (3).

708 Ebd., S. 3 (3).

709 Als „Blockparteien“ galten die beiden bürgerlichen Parteien. Die Bezeichnung rührt aus dem Zusammenschluss im sog. Block der demokratischen Parteien und Massenorganisationen der DDR her.

710 *Schwanitz et al.*, Antrag SPD-Fraktion, in: BT, Materialien, 12. WP, Band I, 1995, S. 3 (3-4).

711 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Schulz et al.*, Antrag Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, in: BT, Materialien, 12. WP, Band I, 1995, S. 8 (8-9).

PDS/Linke Liste forderte die „Einsetzung einer Enquete-Kommission ‚Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte““.712 Die Gruppe postulierte, dass der Ausgangspunkt der Aufarbeitung in der Untersuchung der Beziehung beider deutschen Staaten in der Nachkriegszeit und ihrer Einbindung in die damaligen internationalen Beziehungen liegen müsse. Ein prägnantes Merkmal dieses Antrags war die Forderung, den Unrechtscharakter der DDR kritisch zu hinterfragen. Die Fraktionen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) plädierten in ihrem Antrag, den sie gemeinsam mit der Fraktion der Freien Demokratischen Partei (F.D.P.) entwarfen, wie die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen für die Einsetzung einer Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“.713 Die Verfasser:innen dieses Antrags stellten die Untersuchung und Bewertung der dem SED-Regime zugrunde liegenden Ideologie und des historischen Fundaments des Systems als erste Aufgabe der Kommission in den Vordergrund. Zudem plädierten sie für eine Analyse und Bewertung persönlicher Verantwortungen, Machtstrukturen, Repressionen und Instrumente des SED-Regimes.

Bevor die Anträge im Bundestag besprochen wurden, setzten sich die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. dafür ein, als Bedingung für eine Mitwirkung in der Enquete-Kommission den Fraktionsstatus bindend zu machen, um somit die Gruppe PDS/Linke Liste auszuschließen.714 Da dies indes gleichermaßen einen Ausschluss der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen bedeutet hätte und die SPD-Fraktion auf deren Beteiligung nicht verzichten wollte, wurde die Idee wieder verworfen.715 Die Fraktionen CDU/CSU, SPD und F.D.P. einigten sich in der Folge auf einen weiteren Antrag, in dem sie die „Einsetzung einer Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur““716 forderten. Die vier Anträge der Gruppen und Fraktionen sollten danach der Kommission zur Beratung zugewiesen werden, damit diese auf der Grundlage der Anträge bis zum 20. Mai 1992 eine Beschlussempfehlung mit dem Text des

---

712 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Lederer et al.*, Antrag Gruppe PDS/Linke Liste, in: BT, Materialien, 12. WP, Band I, 1995, S. 11 (11-12).

713 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Adam et al.*, Antrag Fraktionen CDU/CSU, F.D.P., in: BT, Materialien, 12. WP, Band I, 1995, S. 18 (18-19).

714 *Rudnick*, Die andere Hälfte der Erinnerung, 2011, S. 53, 54.

715 Ebd., S. 53, 54.

716 *Schäuble et al.*, Antrag Fraktionen CDU/CSU, SPD und F.D.P., in: BT, Materialien, 12. WP, Band I, 1995, S. 24.

Enquete-Auftrags dem Bundestag vorlegen könne.<sup>717</sup> In diesem gemeinsamen Antrag wurden inhaltliche Fragen bewusst außen vorgelassen, sodass eine Beschränkung auf die Normierung formeller Kriterien stattfand.<sup>718</sup>

Der Deutsche Bundestag beriet in der sog. Einsetzungsdebatte,<sup>719</sup> die am 12. März 1992 stattfand, die fünf Anträge der Gruppen und Fraktionen.<sup>720</sup> In Bezug auf die bevorstehende Kommissionstätigkeit betonten mehrere Redner:innen, dass die Aufarbeitung der ostdeutschen Vergangenheit unter dem SED-Regime durch eine Kommission bedeutend sei, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken<sup>721</sup> und um neben der formellen eine ideelle Einigung zwischen den Menschen der neuen und alten Bundesländer zu fördern.<sup>722</sup> Mehrmals wurde zudem angebracht, dass die Kommission die Aufgabe haben müsse, die Wahrheit zu erforschen.<sup>723</sup> Mehrere Redner:innen betonten zudem, dass es bei der Kommissionstätigkeit um Wiedergutmachung und Rehabilitierung der Opfer gehen müsse.<sup>724</sup> Zudem fand die Synthese von Wahrheit und Versöhnung Eingang in mehrere Reden.<sup>725</sup> Meckel brachte sie auf die Kurzformel „Versöhnung braucht Wahrheit“.<sup>726</sup> Auf welche Weise Versöhnung erreicht werden könnte, wurde in den Reden jedoch nicht weiter erläutert.<sup>727</sup> In arbeitstechnischer Hinsicht mahnten mehrere Abgeordnete eine partnerschaftliche Umgangsweise für die künftige Kommissionstätigkeit an.<sup>728</sup>

Neben diesen Gemeinsamkeiten taten sich in der Einsetzungsdebatte große Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen und Parteien auf. Als der Abgeordnete Dr. Uwe-Jens Heuer von der PDS/Linke Liste den Unrechtscharakter der DDR infrage stellte, kritisierten ihn insbesondere

---

717 Ebd., S. 24.

718 *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (139).

719 Zu den Debatten um die Enquete-Kommission und ihre Nachfolgerin siehe *Schraten*, *Die kollektive Erinnerung von Staatsverbrechen*, 2007.

720 *BT*, Debatte des BT am 12. März 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 25 (25-26).

721 Ebd., S. 25 (68, 127).

722 Ebd., S. 25 (42, 54, 103).

723 Ebd., S. 25 (113, 133, 135, 144).

724 Ebd., S. 25 (42, 112).

725 Ebd., S. 25 (70, 104).

726 Ebd., S. 25 (70).

727 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 38.

728 *BT*, Debatte des BT am 12. März 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 25 (30-31, 44-45).



Abgeordnete der CDU/CSU.<sup>729</sup> Diese lenkten die Diskussion auf die Rolle, die Heuer persönlich in der DDR gespielt hatte,<sup>730</sup> und den Marxismus-Leninismus, den ein Abgeordneter der CDU/CSU schließlich als „sehr gute Schule für Massenmörder“<sup>731</sup> bezeichnete. Wie schon in den Anträgen, wurde auch an dieser Stelle eine signifikante Diskrepanz zwischen Angehörigen der Gruppe PDS/Linke Liste und denjenigen der übrigen Gruppen und Parteien, insbesondere der CDU/CSU, deutlich. Während die große Mehrheit des Deutschen Bundestags die DDR als illegitimen Staat betrachtete, sprach Heuer ihr Legitimität zu und betrachtete das Unrecht, das er gleichwohl nicht leugnete, nicht als alleiniges prägendes Charakteristikum der DDR.<sup>732</sup> Dazu im Widerspruch standen die Bezeichnung der DDR durch Meckel als „zweite deutsche Diktatur“<sup>733</sup> sowie von mehreren Politiker:innen angestellte Verweise auf den Nationalsozialismus.<sup>734</sup> Die problematische Aufarbeitung des Nationalsozialismus wurde zudem als Motivation für eine gründliche Aufarbeitung des SED-Unrechts angesehen.<sup>735</sup> In der Einsetzungsdebatte deutete sich über diese grundsätzlichen Differenzen hinaus gleichfalls an, dass kritische Reflexionen der eigenen Politik in der Kommission kein leichtes Unterfangen werden würden.<sup>736</sup> Einen wunden Punkt bspw. traf die Erinnerung an ein damaliges außenpolitisches Ereignis in der Bundesrepublik Deutschland. Als der SPD-Abgeordnete Willy Brandt auf den offiziellen Staatsbesuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland anspielte, rechtfertigte sich Bundeskanzler Helmut Kohl, der Honecker damals empfangen hatte, leidenschaftlich.<sup>737</sup> Insgesamt machte die Einsetzungsdebatte die verschiedenen Ansichten und Absichten der einzelnen Parteien deutlich.<sup>738</sup> Am Ende der Einsetzungsdebatte nahm der Deutsche Bundestag den Antrag der Fraktionen

---

729 Ebd., S. 25 (82).

730 Ebd., S. 25 (83).

731 Ebd., S. 25 (84).

732 *Schraten*, Die kollektive Erinnerung von Staatsverbrechen, 2007, S. 26.

733 *BT*, Debatte des BT am 12. März 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 25 (67).

734 Ebd., S. 25 (47, 148, 150).

735 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 29.

736 *Rudnick*, *Die andere Hälfte der Erinnerung*, 2011, S. 54.

737 *BT*, Debatte des BT am 12. März 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 25 (36-41).

738 *Wilke*, *Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages*, *Deutschland Archiv* 30 (1997), S. 607 (610).

der CDU/CSU, SPD und F.D.P. mit zwei Stimmenthaltungen an und setzte dadurch die Enquete-Kommission ein.<sup>739</sup>

In der Geschichte der deutschen Enquete-Kommissionen wurde damit erstmalig eine Kommission eingesetzt, die ihr Mandat selbst erarbeiten sollte.<sup>740</sup> Am 19. März 1992 gründete sich die Enquete-Kommission.<sup>741</sup> Sie beriet die Anträge der Parteien und Gruppen auf mehreren Sitzungen zwischen März und Mai 1992.<sup>742</sup> Auf der Grundlage der Anträge erarbeiteten die Kommissionsmitglieder eine Beschlussempfehlung an den Bundestag, die den Auftrag der Enquete-Kommission konkretisierte.<sup>743</sup> Zentrale Fragen wie die Frage danach, welche Ziele die Kommission erreichen sollte und auf welche Weise diese Ziele erreicht werden könnten, wurden dabei nicht hinreichend intensiv diskutiert.<sup>744</sup> Dies resultierte zum einen aus dem erheblichen Zeitdruck, innerhalb knapper zwei Monate ein Mandat erarbeiten zu müssen und mag zum anderen auf eine zum Teil fehlende Bereitschaft, kritische Fragen der Kommissionstätigkeit im Detail zu debattieren, zurückzuführen sein.<sup>745</sup>

Am 20. Mai 1992 beriet der Deutsche Bundestag schließlich über die Beschlussempfehlung der Kommission.<sup>746</sup> In der Debatte war eine allgemeine Freude darüber zu erkennen, dass sämtliche Kommissionsmitglieder zu einem Konsens gelangt waren.<sup>747</sup> Auch das Kommissionsmitglied der Gruppe PDS/Linke Liste, Dietmar Keller, hatte der Beschlussempfehlung zugestimmt, obgleich die Beschlussempfehlung nicht die Zustimmung der gesamten Gruppe PDS/Linke Liste finden konnte.<sup>748</sup> In inhaltlicher Hinsicht räumten mehrere Redner:innen der Fokussierung auf die Opfer des SED-Regimes eine besondere Bedeutung ein<sup>749</sup> und erhofften sich

---

739 *BT*, Debatte des BT am 12. März 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 25 (146).

740 *Altenhof*, *Die Enquete-Kommissionen*, 2002, S. 144.

741 *EK*, Abschlussbericht, *BT-Drs.* 12/7820, 1994, S. 8.

742 *EK*, Beschlussempfehlung, *BT-Drs.* 12/2597, 1992, angehangener Bericht am Ende nach S. 7.

743 *EK*, Beschlussempfehlung, *BT-Drs.* 12/2597, 1992, angehangener Bericht am Ende nach S. 7.

744 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 64.

745 *Ebd.*, S. 64.

746 *BT*, Debatte des BT am 20. Mai 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 158 (158).

747 *Ebd.*, S. 158 (166, 170).

748 *Ebd.*, S. 158 (166).

749 *Ebd.*, S. 158 (159, 161, 168).

von der Kommission, dass sie einen Beitrag zur Wahrheit<sup>750</sup> und zur Versöhnung<sup>751</sup> leisten werde. Ein Abgeordneter der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen betonte in diesem Zusammenhang, dass eine offen geführte gesamtdeutsche Debatte das Potenzial in sich trage „die noch vorhandene Kluft zwischen Ost und West zu überwinden“.<sup>752</sup> Dass die Aufarbeitung eine gesamtdeutsche Aufgabe bilde, wurde mehrmals angeführt.<sup>753</sup> Ein Abgeordneter der F.D.P. verband in seiner Rede die Begriffe Wahrheit und Versöhnung miteinander, indem er Wahrheit als Teil von Versöhnung bezeichnete.<sup>754</sup> Im Anschluss an die Reden begründeten Dr. Uwe-Jens Heuer und Andrea Lederer von der Gruppe PDS/Linke Liste, warum sie der Beschlussempfehlung nicht zustimmen würden.<sup>755</sup> Am Ende der Aussprache nahm der Bundestag im Rahmen einer Abstimmung die Beschlussempfehlung an.<sup>756</sup> Vier Abgeordnete der Gruppe PDS/Linke Liste stimmten dagegen, ein:e Abgeordnete:r der SPD enthielt sich der Stimme.<sup>757</sup> Die Entwicklung des deutschen Mandats erfolgte im Ergebnis alleine auf politischer Ebene. Der Bevölkerung wurde keine direkte Möglichkeit gegeben, sich an dem Prozess zu beteiligen.

## 2. Zentrale Vorgaben des Mandats

Sowohl in § 56 GO-BT als auch in dem vom Bundestag angenommenen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und F.D.P. auf Einsetzung einer Enquete-Kommission vom 11. März 1992 sind Regelungen enthalten, die die Zusammensetzung und das Vorhaben der Kommission ausgestalten. Der Antrag auf Einsetzung der Kommission sowie die Beschlussempfehlung, die der Deutsche Bundestag beide durch seine Zustimmung zu Beschlüssen und damit zur Rechtsgrundlage der Kommission und ihrer Tätigkeit erhob, bilden die zentralen Dokumente des Mandats. Die Kommissionsmitglieder verankerten in der Beschlussempfehlung Vorgaben zu den Aufgaben, der Arbeitsweise und den Zielsetzungen der Enquete-Kommission.

---

750 Ebd., S. 158 (165).

751 Ebd., S. 158 (161, 165-166, 171).

752 Ebd., S. 158 (170).

753 Ebd., S. 158 (159).

754 Ebd., S. 158 (165).

755 Ebd., S. 158 (173-177).

756 Ebd., S. 158 (177).

757 Ebd., S. 158 (177).

a.) Aufbau und personelle Zusammensetzung

Allgemeine Vorgaben zu der Zusammensetzung von Enquete-Kommissionen finden sich in § 56 GO-BT. Danach müssen die Mitglieder einer Enquete-Kommission grundsätzlich im Einvernehmen der Fraktionen benannt werden.<sup>758</sup> Können die Fraktionen kein Einvernehmen herstellen, sollen sie die Kommissionsmitglieder nach der jeweiligen Fraktionsstärke benennen.<sup>759</sup> Die Mitgliederanzahl einer Enquete-Kommission soll die Zahl neun prinzipiell nicht überschreiten.<sup>760</sup> Etwas anderes gilt, wenn der Bundestag beschließt, dass für eine Fraktion mehrere Mitglieder in die Kommission entsendet werden sollen.<sup>761</sup> Die konkreten Anforderungen an die Zusammensetzung der ersten Wahrheitskommission ergeben sich aus dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und F.D.P. vom 11. März 1992, nach dem die Kommission aus 16 Bundestagsmitgliedern und 11 Sachverständigen bestehen soll.<sup>762</sup> Dies wird durch die Vorgabe konkretisiert, dass die Fraktion der CDU/CSU 7 Mitglieder und 5 Sachverständige, die Fraktion der SPD 5 Mitglieder und 3 Sachverständige, die Fraktion der F.D.P. 2 Mitglieder und 1 Sachverständigen und die Gruppe der PDS/Linke Liste sowie die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen jeweils 1 Mitglied und 1 Sachverständigen mit beratender Stimme benennen sollen. Zudem können die Fraktionen und Gruppen für jedes Bundestagsmitglied eine stellvertretende Person benennen.

b.) Aufgaben und Arbeitsweise

§ 56 Abs. 4 GO-BT normiert, dass Enquete-Kommissionen einen abschließenden Bericht oder zumindest einen Zwischenbericht zu einem Zeitpunkt vorlegen müssen, der eine rechtzeitige Aussprache im Bundestag vor Beginn der neuen Wahlperiode ermöglicht.<sup>763</sup> Insofern verankert die Norm nicht nur die Aufgabe, einen Bericht zu erstellen, sondern normiert ebenso eine zeitliche Begrenzung der Kommissionstätigkeit.

---

758 § 56 Abs. 2 Satz 1 GO-BT.

759 § 56 Abs. 2 Satz 2 GO-BT.

760 § 56 Abs. 2 Satz 3 GO-BT.

761 § 56 Abs. 3 GO-BT.

762 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Schäuble et al.*, Antrag Fraktionen CDU/CSU, SPD und F.D.P., in: BT, Materialien, 12. WP, Band I, 1995, S. 24.

763 § 56 Abs. 4 GO-BT.

Die Beschlussempfehlung überträgt der Kommission die zentrale Aufgabe, „Beiträge zur politisch-historischen Analyse und zur politisch-moralischen Bewertung zu erarbeiten“.<sup>764</sup> Damit formuliert die Kommission die Wahrheitssuche als ihre zentrale Aufgabe. Als Bezugsrahmen folgt eine Aufzählung und inhaltliche Ausführung von acht Themenkomplexen,<sup>765</sup> von denen einige bereits in der Präambel der Beschlussempfehlung anklingen. Auf diese Weise begrenzt die Kommission die Wahrheitssuche auf acht bestimmte inhaltliche Bereiche. Die Kommission soll:

1. die Strukturen und Mittel der SED-Diktatur analysieren und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Frage legen, wer die Verletzung von Menschenrechten und die Zerstörung der Umwelt zu verantworten hat<sup>766</sup>
2. den Bedeutungsgehalt der Ideologie, integrativer und disziplinierender Merkmale darstellen und bewerten<sup>767</sup>
3. Formen der Unterdrückung und der Verletzung internationaler Menschenrechtsübereinkommen nachgehen sowie Opfergruppen identifizieren und Wiedergutmachungsmöglichkeiten in Betracht ziehen<sup>768</sup>
4. deviante, widerständige und oppositionelle Spielräume und Verhaltensformen aufzeigen<sup>769</sup>
5. die Funktion und Selbstwahrnehmung der Kirchen in der SED-Diktatur verdeutlichen<sup>770</sup>
6. den Einfluss internationaler politischer Konditionen, insbesondere derjenigen der Sowjetunion auf die SBZ und DDR, bewerten<sup>771</sup>
7. die Beziehung zwischen der (alten) Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie deren Bedeutung untersuchen<sup>772</sup>
8. die Bedeutung der deutschen Historie des 20. Jahrhunderts, insbesondere diejenige der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, im Hinblick auf Kontinuitäten und Parallelen zur DDR in der Untersuchung berücksichtigen<sup>773</sup>

---

764 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A II.).

765 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 5-6 (A II.1.-8.).

766 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 5 (A II.1.).

767 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 5 (A II.2.).

768 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 5 (A II.3.).

769 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 5 (A II.4.).

770 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 5 (A II.5.).

771 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A II.6.).

772 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A II.7.).

773 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A II.8.).

Die Aufgabe, Beiträge zu den aufgezählten acht Themenkomplexen zu erarbeiten, wird in der Beschlussempfehlung durch die Maßgabe ergänzt, die Aufarbeitung anhand bestimmter geschichtlicher Zeiträume und -punkte darzustellen.<sup>774</sup> Der erste genannte Zeitraum umfasst die Zeit der SBZ, der zuletzt genannte Zeitpunkt die friedliche Revolution.<sup>775</sup> Damit ist der Untersuchungszeitraum der Kommission festgelegt. In der nicht abschließenden Aufzählung werden zudem, unter anderen, der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei 1968 genannt.<sup>776</sup>

Die Aufzählung der acht Themenkomplexe begrenzt die Wahrheitssuche einerseits (s.o.) und ist zugleich Ausdruck eines breit angelegten Erkenntnisinteresses, in dem sowohl internationale Faktoren als auch zentrale Staatsstrukturen der DDR einen Platz finden. Das Interesse an der Bedeutung von Widerstand und Opposition wird nicht nur in der Aufzählung der Themenkomplexe, sondern ebenfalls in der Nennung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 sichtbar. Das Mandat umschreibt die Wahrheitssuche als zentrale Aufgabe in einer Form, die nicht nur ein Interesse an historischen Fakten offenbart. Die Erkenntnisse zu den acht Themenkomplexen sollen ausdrücklich einer „Bewertung“<sup>777</sup> unterzogen werden. Mit dieser Vorgabe verknüpft das Mandat die Wahrheitssuche in einer für Wahrheitskommissionen typischen Weise mit Aufklärung und der Bildung eines neuen historisch-gesellschaftlichen Narrativs.

Das Mandat gibt der Kommission vor, bei der Erfüllung ihrer Aufgabe sieben bestimmte „praktische [...] Konsequenzen“<sup>778</sup> zu beherzigen. Drei dieser zu beachtenden Konsequenzen beziehen sich auf den Umgang mit Opfern des SED-Regimes. Die Kommission soll Rehabilitierungs- und Verarbeitungsmöglichkeiten entwickeln und aufzeigen, auf welche Weise Benachteiligungen im Bildungs- und Berufswesen bewältigt werden können.<sup>779</sup> Über die opferspezifischen Konsequenzen hinaus soll die Kommission Vorschläge zur Handhabung der DDR-Regierungskriminalität, zum Umgang mit den betreffenden Archiven sowie zur Optimierung der Bedingungen der wissenschaftlichen Aufarbeitung entwickeln.<sup>780</sup> Schließlich

---

774 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A III.).

775 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A III.).

776 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A III.).

777 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A II.).

778 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A IV.).

779 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6-7 (A IV.).

780 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6-7 (A IV.).

soll die Kommission auch Handlungsempfehlungen für den Deutschen Bundestag ausarbeiten.<sup>781</sup>

Auch zur konkreten Arbeitsweise enthält die Beschlussempfehlung der Kommission entscheidende Vorgaben. Zunächst soll die Kommission in einen Dialog mit Betroffenen, Bürgergruppen sowie Aufarbeitungsinitiativen und Wissenschaftler:innen treten.<sup>782</sup> Die Kommission soll zudem öffentliche Foren und Anhörungen veranstalten und Forschungsarbeiten sowie Expertisen in Auftrag geben.<sup>783</sup> Die Aufzählung ist nicht abschließend und stellt den Kommissionsmitgliedern frei, ihre Arbeitsweise weiter auszugestalten.<sup>784</sup> Mit Blick auf die Arbeitsweise der Kommission findet sich in dem ersten Teil der Beschlussempfehlung ferner die Vorgabe, dass die Kommission in einen „Dialog mit der Öffentlichkeit“<sup>785</sup> treten soll.

### c.) Zielsetzungen

Die zentralen Zielsetzungen der ersten deutschen Wahrheitskommission sind in der Präambel der Beschlussempfehlung verankert. Dort wird zunächst die Bedeutung einer gemeinsamen Aufarbeitung von Menschen aus den neuen und Menschen aus den alten Bundesländern für die „innere [...] Einigung Deutschlands“<sup>786</sup> hervorgehoben. Dieser Ausdruck deutet sowohl auf ein nationenbildendes Element als auch auf eine versöhnende Komponente hin. Das Mandat rückt sodann die einstigen Bürger:innen der DDR in den Fokus, indem es postuliert, dass die Kommission insbesondere „den Deutschen in den neuen Bundesländern, die über nahezu sechs Jahrzehnte hinweg diktatorischen Regierungsformen unterworfen waren“,<sup>787</sup> verpflichtet sei. Mit der Angabe, „verletztem Rechtsempfinden“<sup>788</sup> müsse genüge getan werden, indem Unrecht offengelegt und Verantwortlichkeiten benannt werden,<sup>789</sup> rückt die Kommission die Förderung von Gerechtigkeit in den Vordergrund. Damit im Einklang steht der voranstehend genannte Auftrag der Kommission, Verantwortlichkeiten

---

781 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 7 (A IV.).

782 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 7 (A V.).

783 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 7 (A V.).

784 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 7 (A V.).

785 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A I.).

786 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A I.).

787 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A I.).

788 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A I.).

789 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A I.).



aufzudecken.<sup>790</sup> Im Folgenden normiert die Kommission die Förderung von Versöhnung ausdrücklich als zweites Ziel, indem sie postuliert, es gelte, „einen Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft zu leisten“.<sup>791</sup> Eine weitere Umschreibung oder Konkretisierung dieser Zielbestimmung bleibt jedoch aus. Am Ende des ersten Teils verankert die Kommission, ihre Arbeit habe „das Ziel, im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Selbstbewusstseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland beizutragen“.<sup>792</sup> Mit dieser Aussage normiert die Kommission schließlich die Förderung der Nationenbildung als dritte Zielsetzung und schlägt eine Brücke zum Anfang der Präambel. An dieser Stelle kommt ebenfalls zum Ausdruck, dass Vertrauen in das neue System hergestellt werden soll. Der geforderte Dialog mit der Öffentlichkeit wird zudem mit dem Ziel der Förderung der Nationenbildung verbunden.

Zusammenfassend lassen sich aus der Beschlussempfehlung drei Zielsetzungen der Kommission ableiten. Die Kommission soll einen Beitrag

1. zur Gerechtigkeit,
2. zur Versöhnung,<sup>793</sup> und
3. zur Nationenbildung

leisten. An dieser Stelle wird deutlich, dass die Kommission nicht das Ziel hat, Gerechtigkeit, Versöhnung und Nationenbildung tatsächlich herzustellen, sondern vielmehr einen positiven Beitrag zur Förderung dieser drei Ideale in Deutschland leisten soll.

### 3. Umsetzung der Mandatsvorgaben durch die erste deutsche Wahrheitskommission

Die Enquete-Kommission nahm ihre Tätigkeit mit der Ausarbeitung ihres Mandats im Frühjahr 1992 auf und beendete sie mit der Übergabe ihres Abschlussberichts an den Deutschen Bundestag im Juni 1994. Die Legisla-

---

790 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 5 (A II.1.).

791 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A I.).

792 EK, Beschlussempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 4 (A I.).

793 Dass die Kommission einen Beitrag zur Versöhnung leisten sollte, wird fälschlicherweise negiert von *Kunst*, *Vergangenheitsaufarbeitung im Rahmen des Nation-building*, 2014, S. 348; anders dagegen *Wüstenberg*, *Aufarbeitung oder Versöhnung*, 2008, S. 81-82, 110.

turperiode des 12. Deutschen Bundestags endete erst im November 1994, sodass die Kommission ihren zeitlichen Rahmen nicht voll ausschöpfte. Auch unter Beachtung eines gewissen zeitlichen Abstands zu den Wahlen und Einräumung von genügend Zeit, um den Abschlussbericht im Deutschen Bundestag zu besprechen, wäre der Kommission mehr Zeit, als sie tatsächlich in Anspruch nahm, für ihre Tätigkeit verblieben. Der Kommissionsname beinhaltet ursprünglich nicht den Zusatz „in Deutschland“.794 Dieser Zusatz wurde zu einem späteren Zeitpunkt hinzugefügt, um zu verdeutlichen, „dass die deutsche Teilungsgeschichte und die gesamtdeutschen Bezüge bei einer Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur nicht ausgeblendet werden dürfen“,795 wie Eppelmann angab.

a.) Aufbau und personelle Zusammensetzung

Am 19. März 1992 konstituierte sich die Enquete-Kommission (s.o.).796 Im Einklang mit den Mandatsvorgaben setzte sie sich aus 16 Abgeordneten und 11 Sachverständigen zusammen.797 Der Zusammenschluss der Abgeordneten spiegelte die Zusammensetzung des 12. Deutschen Bundestags wider: Die Mehrheit bestand aus Mitgliedern der Fraktion CDU/CSU, gefolgt von Mitgliedern der SPD-Fraktion und Mitgliedern der F.D.P.-Fraktion sowie je einem ordentlichen Mitglied der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe PDS/Linke Liste.798 Die Kommissionsmitglieder bestimmten einvernehmlich den Pfarrer und Bürgerrechtler Rainer Eppelmann (CDU/CSU-Fraktion) zum Vorsitzenden und die Juristin Margot von Renesse (SPD-Fraktion) zur stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission.799 Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder kam aus den neuen Bundesländern800 – wie auch die meisten Abgeordneten.801 Die Sachverständigen wurden nach Empfehlungen der Gruppen und Fraktionen von

---

794 *Eppelmann*, in: Eppelmann/Faulenbach/Mählert, Bilanz und Perspektiven, 2003, S. 401 (402).

795 Ebd., S. 401 (402).

796 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 8.

797 *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, Nach Krieg, Gewalt und Repression, 2011, S. 131 (139-140).

798 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 12-14.

799 Ebd., S. 8.

800 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 41.

801 *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, Nach Krieg, Gewalt und Repression, 2011, S. 131 (140).

der Bundestagspräsidentin ernannt.<sup>802</sup> Dies lässt eine gewisse parteiliche Nähe der Sachverständigen vermuten.<sup>803</sup> Die Sachverständigen kamen überwiegend aus den alten Bundesländern,<sup>804</sup> lediglich 4 Sachverständige kamen aus den neuen Bundesländern.<sup>805</sup> Die Zusammensetzung der Kommission änderte sich im Laufe der Zeit mehrmals. Mehrere Mitglieder schieden aus der Kommission aus und wurden durch neue ersetzt.<sup>806</sup> In der ursprünglichen Zusammensetzung waren nur 4 Frauen als ordentliche Mitglieder in der Kommission vertreten. Unter den sachverständigen Kommissionsmitgliedern befand sich keine einzige Frau. Die meisten Christdemokrat:innen der neuen Bundesländer waren in der DDR Mitglieder der Ost-CDU gewesen, ebenso wie die meisten Freien Demokrat:innen der neuen Bundesländer Anhänger:innen der LDP gewesen waren.<sup>807</sup> Die Sozialdemokrat:innen der neuen Bundesländer waren in der DDR-Opposition beteiligt gewesen, während die Vertreter:innen der Gruppe PDS/Linke Liste höhere Ränge im SED-Staat belegt hatten, und es sich bei den Vertreter:innen von Bündnis 90/Die Grünen um prominente ehemalige Dissident:innen handelte.<sup>808</sup> Die Bevölkerungsmehrheit der DDR, die weder einer Partei noch einer oppositionellen Gruppe angehört hatte, war ebenso unterrepräsentiert wie ehemalige SED-Mitglieder, die Ende der 1980er-Jahre 2,4 Millionen Menschen ausgemacht hatten.<sup>809</sup> Die ehemaligen Mitglieder der einstigen Blockparteien und die ehemaligen Anhänger:innen der einstigen Oppositionsgruppen waren demgegenüber überrepräsentiert. Auch der Umstand, dass viele Christ:innen in der Kommission vertreten waren, spiegelte nicht die überwiegend atheistische DDR-Bevölkerung wider.

Obwohl Eppelmann einstimmig von den Kommissionsmitgliedern zum Vorsitzenden bestimmt worden war (s.o.), wurde ihm im Rahmen der

---

802 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 13.

803 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 43.

804 *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (140); siehe auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 42.

805 *Wilke*, *Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages*, *Deutschland Archiv* 30 (1997), S. 607 (610).

806 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 12-14.

807 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 43.

808 Ebd., S. 43.

809 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 44; siehe auch *Engler*, „Kommode Diktatur“ oder „totalitäres System“? Die DDR im Kreuzverhör der EK, *Soziologische Revue* Band 19 (1996), S. 443 (444).

Kommissionstätigkeit nicht durchweg volles Vertrauen entgegengebracht. An der Frage, welche Rolle der Kommissionsvorsitzende bei der Aktenvernichtung in der DDR gespielt hatte, entzündete sich eine heftige Auseinandersetzung innerhalb der Kommission.<sup>810</sup> Als unstrittig galt, dass Eppelmann in seiner damaligen Funktion als Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR die Vernichtung von Akten der militärischen Aufklärung freigegeben hatte. Während die Mehrheit der Kommission dies auf eine falsche Informationslage und Beratung des Vorsitzenden zurückführte, ergaben sich für die Mitglieder der SPD-Fraktion und drei sachverständige Kommissionsmitglieder „einige wichtige Fragestellungen und Widersprüche“.<sup>811</sup> Sie richteten vor diesem Hintergrund einige Fragen wie bspw. die Frage nach der Rechtsgrundlage der Aktenvernichtung an den Kommissionsvorsitzenden und legten ihre Fragen auch in dem Abschlussbericht der Kommission in Form eines Sondervotums nieder.<sup>812</sup> Auch nachdem Eppelmann den Fragenkatalog beantwortet hatte, blieben in den Augen der Verfasser:innen des Sondervotums Widersprüche und offene Fragen bestehen, deren wichtigste sie in ihrem Sondervotum verankerten. Zu dem Sondervotum nahmen die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. Stellung und stellten dabei infrage, dass es den Verfasser:innen des Sondervotums darum gegangen sei, das Geschehen korrekt darzustellen. Sie beklagten zudem, dass das Sondervotum einen persönlichen Angriff auf ein Kommissionsmitglied darstelle und dadurch den „vereinbarten Grundsatz, sich nicht zur Rolle und Funktion bestimmter Personen zu äußern“<sup>813</sup> verletze.

Zu dem organisatorischen Aufbau der Kommission machte das Mandat keine Vorgaben. Trotzdem gab sich die Kommission eine eigene Binnenstruktur und bildete diverse Untereinheiten. Sie richtete sog. Berichterstattergruppen, Arbeitsgruppen und Projektgruppen ein, die eigene Sitzungen abhielten und bestimmte Teilaufgaben in kleineren Kreisen bearbeiteten.<sup>814</sup> Die Kommission verfügte außerdem über ein Sekretariat, das die Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgabe unterstützte, indem es sowohl administrative als auch wissenschaftliche Tätigkeiten übernahm.

---

810 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 240-244.

811 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 241.

812 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 241-244.

813 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 244.

814 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 6-14.

Überdies erhielten die einzelnen Fraktionen und Gruppen Unterstützung durch ihre eigenen Sekretariate.

Im Ergebnis setzte die Kommission die Mandatsvorgaben zu der personellen Zusammensetzung in die Praxis um. Die Vorgabe mit der höchsten Signifikanz war zweifelsohne diejenige zur politischen Zusammensetzung der Kommission. Die Kommissionsmehrheit bestand in erster Linie aus Abgeordneten politischer Parteien, die nach den Parteienstärken des damaligen Deutschen Bundestags in der Kommission vertreten waren.<sup>815</sup> Obwohl das Mandat keine persönlichen biografischen Anforderungen an die Mitglieder der Kommission gestellt hatte, kommt in der Zusammensetzung das Anliegen zum Ausdruck, eine unilaterale Struktur zu vermeiden. Sowohl Menschen aus den neuen als auch Menschen aus den alten Bundesländern sollten an dem Aufarbeitungsprozess teilhaben. Durch die Mitwirkung der Gruppe PDS/Linke Liste waren überdies Personen, die eine eher regimefreundliche Perspektive einbrachten, vertreten. Eine Repräsentation der DDR-Bevölkerungsmehrheit kam in der Zusammensetzung dagegen nicht zum Ausdruck (s.o.). Mit der Bestimmung von Eppelmann zum Vorsitzenden setzte die Kommission einen bekannten Geistlichen und ehemaligen Oppositionellen an ihre Spitze.

#### b.) Aufgaben und Arbeitsweise

Zu Beginn ihrer Tätigkeit komprimierte die Kommission die acht vorgegebenen Themenkomplexe, zu denen sie Beiträge erarbeiten sollte (s.o.), auf folgende sechs:

1. „Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung.
2. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR.
3. Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat.
4. Innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen.
5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur.
6. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands.“<sup>816</sup>

---

815 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 12, 13.

816 Ebd., S. 10.

Diese und weitere Schwerpunktsetzungen führten dazu, dass einige Themen nicht oder nicht in der Tiefe adressiert wurden.<sup>817</sup> Zu diesen gewissermaßen vergessenen Themen zählen insbesondere „die Rolle der Wirtschaftspolitik, die Geschichte der [Nationalen Volksarmee], Probleme der Ökologie, Fragen der Sozialpolitik, alternative Entwicklungsmöglichkeiten, Probleme der Wissenschaftspolitik, Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die Entwicklung der internationalen Beziehungen der SED, die Wechselwirkungen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie Vergleiche mit der ersten deutschen Diktatur (1933-1945) und den anderen ‚realsozialistischen‘ Staaten des Ostblocks“.<sup>818</sup>

Die Kommission erarbeitete Beiträge zu den sechs Themenkomplexen, indem sie Expertisen, Forschungsaufträge und Berichte in Auftrag gab und teils öffentliche Anhörungen durchführte, in deren Rahmen sowohl Expert:innen zu dem jeweiligen Thema als auch Zeitzeug:innen zu Wort kamen.<sup>819</sup> Für jeden Themenkomplex setzte die Kommission eine Berichtserstattergruppe ein, die sich jeweils aus fünf bis sieben Abgeordneten aller Fraktionen und Gruppen zusammensetzte. Für den Umgang mit den vier Themen Seilschaften, Staatssicherheit, Archive und Wirtschaft rief die Kommission jeweils eine eigene Arbeitsgruppe ins Leben. Die Arbeits- und Berichtserstattergruppen entwickelten Vorschläge zur Anfrage von Expertisen auswärtiger Wissenschaftler:innen, entwickelten Entwürfe für den Abschlussbericht und erarbeiteten Vorschläge zu den Thematiken der Anhörungen. Die Arbeitsgruppen hielten über die Anhörungen der Kommission hinaus auch eigene Anhörungen ab. Neben den Arbeits- und Berichtserstattergruppen gab es mehrere Projektgruppen wie die Projektgruppe „Vierzig Jahre Volksaufstand im Juni 1953“<sup>820</sup> und die Projektgruppe „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“.<sup>821</sup> Projektgruppen trafen zudem Vorbereitungen zu einigen der öffentlichen Anhörungen.<sup>822</sup>

Die zentralen Erkenntnisse, die die Kommission zu den sechs großen Themenkomplexen entwickelte, wurden in dem Abschlussbericht der Kommission verankert. Innerhalb jedes Themenkomplexes bearbeitete die Kommission viele Fragen und inhaltliche Bereiche. Die Beiträge im Ab-

---

817 Ebd., S. 11.

818 Ebd., S. 11.

819 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 10-14.

820 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 12.

821 Ebd., S. 12.

822 Ebd., S. 11.

schlussbericht variieren erheblich in ihrer analytischen Schärfe. So konnte die Kommission z.B. im Rahmen des ersten Themenkomplexes eine tiefgehende und ausdifferenzierte Analyse zu den Machtstrukturen des SED-Staats vornehmen.<sup>823</sup> Bei dem sechsten Themenkomplex dagegen, in dem es um Widerstand und Opposition in der DDR ging, tat sich die Kommission schwer damit, klare Abgrenzungen und Definitionskriterien für die verschiedenen Formen von Widerstand und Opposition zu entwickeln.<sup>824</sup>

Dass sich die Kommissionsmitglieder über bestimmte Fragestellungen nicht einig werden konnten, war primär der politischen Zusammensetzung der Kommission geschuldet. Die insgesamt siebzehn im Abschlussbericht verankerten Sondervoten können als Ausdruck politischer Divergenzen innerhalb der Kommission angesehen werden. Eines dieser Sondervoten, das Sondervotum von Keller, bezieht sich nicht auf einen einzelnen thematischen Bereich, sondern auf den gesamten Abschlussbericht.<sup>825</sup> Die politischen Divergenzen lassen sich an dem Umgang mit dem Thema „Rolle und Funktion von Blockparteien und Massenorganisationen“<sup>826</sup> besonders gut exemplarisch veranschaulichen. Am 11. Dezember 1992 veranstaltete die Kommission zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung unter dem Namen „Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“.<sup>827</sup> Im Abschlussbericht wurden die Differenzen, die innerhalb der Kommission bestanden, besonders deutlich: Die Kommissionsmitglieder der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. beurteilten die Rolle der Blockparteien in der DDR anders als die Kommissionsmitglieder der Fraktion der SPD, der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und vier sachverständige Kommissionsmitglieder. Insbesondere bei der Beschreibung der Verantwortung der Parteien für den Erhalt der SED-Diktatur divergieren die Erzählungen deutlich. Der Bericht zeichnet zu der Verantwortung der Blockparteien ein Bild, nach dem in Bezug auf die Blockparteien „nur bedingt von Verantwortung und Teilhabe am Regime gesprochen werden“<sup>828</sup> könne. Dem wird anerkennend hinzugefügt, dass die Mitglieder der Ost-CDU und LDP nie den

---

823 Ebd., S. 43-85.

824 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 189-213; so auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 149.

825 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 250-278.

826 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 30; siehe zum gesamten Thema EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 30-37.

827 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 17.

828 Ebd., S. 33.



gesamtdeutschen Bezug verloren hätten.<sup>829</sup> Mit dieser Betonung versuchte die Kommissionsmehrheit zur Beurteilung der politischen Verantwortung, nicht das tatsächliche Verhalten in der DDR, sondern das anhaltende Nationalgefühl zum Bezugspunkt zu machen.<sup>830</sup> Nach der Erzählung des Sondervotums dagegen waren die Blockparteien

„– ohne Einschränkungen seit Anfang der sechziger Jahre – ein Teil der SED-Diktatur mit wichtigen Stabilisierungsfunktionen. Sie tragen daher insgesamt und vor allem ihre Funktionäre Mitverantwortung für das Unrecht in 40 Jahren DDR-Geschichte.“<sup>831</sup>

Der Umgang mit dem Thema „Rolle und Funktion von Blockparteien und Massenorganisationen“<sup>832</sup> forderte die Verfasser:innen des Mehrheitsvotums, wie eingangs angedeutet, in einer ganz besonderen Weise heraus. In der Thematik ging es für die Abgeordneten der CDU/CSU und F.D.P. um einen Teil ihrer eigenen Parteigeschichte, denn die ehemaligen Blockparteien Ost-CDU und LDP waren nach dem Untergang der DDR in den gesamtdeutschen Parteien CDU und F.D.P. aufgegangen. Für die Verfasser:innen des Mehrheitsvotums galt es somit, den politischen Kampf auszublenden und die Rolle der „eigenen“ Parteien in der DDR kritisch sowie objektiv zu betrachten. Die Verfasser:innen des Sondervotums standen demgegenüber vor der Aufgabe, die Betrachtung der politischen Konkurrenz nicht als Mittel im politischen Kampf zu benutzen. Dass die Einschätzung der Verantwortung der Blockparteien hier entlang der Parteienlinie verlief, zeigt, dass eine distanzierte objektive Behandlung dieses Themas der Kommission nicht gelang. Stattdessen versuchten die Abgeordneten der CDU/CSU und F.D.P. die Unterstützung des SED-Regimes durch ihre Rivalen als groß und die Verantwortung der Ost-CDU und LDP für den Erhalt des SED-Regimes als gering darzustellen.<sup>833</sup> Prozesse dieser Art zeigten sich ebenfalls in umgekehrter Weise. Als sich die Kommission mit dem Zusammenschluss von Ost-SPD und Ost-KPD beschäftigte, betonten die Abgeordneten der CDU/CSU und F.D.P. die Freiwilligkeit des Vorgangs, während die Abgeordneten der SPD den Zwang der Fusion hervorhoben.<sup>834</sup>

---

829 Ebd., S. 33.

830 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 107.

831 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 36.

832 Ebd., S. 30.

833 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 108.

834 Ebd., S. 104.

Die stärksten Differenzen, die in der Kommission entlang der Parteilinie auftraten, ließen sich bei der Behandlung der Außenpolitik der (alten) Bundesrepublik Deutschland beobachten. Zu dem Themenfeld „Innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen“<sup>835</sup> wurden ganze acht Sondervoten verfasst.<sup>836</sup> Die Berichte zum geteilten Deutschland durchzieht der politische Konkurrenzkampf zwischen den beiden damaligen großen bundesdeutschen Parteien CDU und SPD als roter Faden. Als sich die Kommission in diesem Kontext auch mit der deutschen Nachkriegsgeschichte auseinandersetzte, führte sie teilweise die ideologischen Ansichten des Kalten Kriegs fort und verstärkte diese damit insgesamt.<sup>837</sup> Wie die Untersuchung zu der Funktion der Blockparteien bildete die Analyse der deutschen Nachkriegsgeschichte eine von vielen Randerzählungen, die die Kommission in eine große Haupterzählung einbettete. Diese Haupterzählung bestand aus drei Aussagen:

1. Die DDR war eine Diktatur.
2. Die DDR war daher die zweite deutsche Diktatur nach dem Nationalsozialismus.
3. Es darf keine weitere Diktatur in Deutschland geben.

Die Kommission nahm somit durchweg eine „Diktaturperspektive“<sup>838</sup> ein und betrieb damit eine „Aufarbeitung als Diktaturisierung der Vergangenheit“.<sup>839</sup> Das große Narrativ kommt nicht nur in vielen einzelnen Beiträgen zum Ausdruck, sondern auch in dem allgemeinen Teil<sup>840</sup> des Abschlussberichts. Dort hielt die Kommissionsmehrheit fest, dass das SED-Regime nicht demokratisch legitimiert gewesen sei und daher nur als Diktatur bezeichnet werden könne.<sup>841</sup> Zudem postulierte sie, dass ein Vergleich zwischen der NS-Diktatur und dem SED-Regime zulässig sei, um das Bewusstsein „für die Überlegenheit des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates“<sup>842</sup> zu stärken und die Entwicklung eines „antitotalitäre[n]

---

835 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 104.

836 Ebd., S. 107-157.

837 Beattie, *Playing Politics with History*, 2008, S. 11, 14.

838 Meznik, Vom ‚legitimen Versuch‘ zum ‚verbrecherischen Experiment‘, 2013, S. 123.

839 Ebd., S. 124.

840 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 279-287.

841 Ebd., S. 280.

842 Ebd., S. 282.

Konsens[es]<sup>843</sup> zu begünstigen. Die Ausgangsfeststellung, es habe sich bei der DDR um eine Diktatur gehandelt, brachte die Kommission bereits deutlich durch ihren Kommissionsnamen zum Ausdruck. Mit dieser Aussage stand sie in einem Widerspruch zu einigen DDR-Forscher:innen aus Westdeutschland, die sich für eine systemimmanente Perspektive auf die DDR aussprachen.<sup>844</sup> Da in der DDR keine Einigung über einen Diktaturcharakter des SED-Regimes geherrscht hatte, signalisierte der Kommissionsname für viele Bürger:innen der neuen Bundesländer eine Voreingenommenheit der Kommission.<sup>845</sup> Innerhalb der Kommission wurde der Diktaturcharakter der DDR von Anfang an von dem Vertreter der PDS/Linke Liste infrage gestellt. Bereits in ihrem Antrag auf Einsetzung einer Kommission hatte die Gruppe die Charakterisierung explizit infrage gestellt und sich dadurch in einem Gegensatz zu allen anderen Parteien und Gruppen positioniert (s.o.). Während die Kommissionsmehrheit den diktatorischen Charakter der DDR bejahte, konstatierte der Abgeordnete Keller in seinem Sondervotum, dass beide deutsche Staaten „legitim“<sup>846</sup> gewesen seien, die Verwendung der Bezeichnung „Unrechtsstaat“<sup>847</sup> durch die Kommissionsmehrheit jedoch eine fehlende Legitimität der DDR zum Ausdruck bringe.<sup>848</sup> Die DDR könne zudem nicht „mit reduziert-, realsozialistischen“, totalitarismustheoretischen oder anderweitig vorbelasteten Interpretationsmustern [...] adäquat erfasst werden“.<sup>849</sup>

Über die Bewertung des Staatssystems der DDR hinaus, erstreckte die Kommissionsmehrheit ihr Unwerturteil auch auf die der DDR zugrunde liegende Ideologie.<sup>850</sup> Am 12. Februar 1993 veranstaltete die Kommission eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Marxismus-Leninismus und die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR“.<sup>851</sup> Der Kommissionsvorsitzen-

---

843 Ebd., S. 282.

844 *Eppelmann*, in: Eppelmann/Faulenbach/Mähler, Bilanz und Perspektiven, 2003, S. 401 (402).

845 *Yoder*, Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany, *German Politics* 8 (1999), S. 59 (70).

846 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 256.

847 Der Begriff „Unrechtsstaat“ geht auf Fritz Bauer zurück, der im Remer-Prozess in seiner Funktion als Vertreter der Anklage den NS-Staat als „Unrechtsstaat“ bezeichnete; siehe dazu *Bauer*, in: Perels/Wojak, Die Humanität der Rechtsordnung, 1998.

848 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 270.

849 Ebd., S. 253.

850 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 12.

851 *EK*, Öff. Anh. zum Marxismus-Leninismus, in: BT, Materialien, 12. WP, Band III/1, 1995, S. 11.

de Eppelmann eröffnete die Anhörung mit einer Ansprache, in der er seine Hoffnung ausdrückte, die Anhörung werde insbesondere die Auswirkungen „die die Pseudo-Religion des Marxismus-Leninismus auf die alltägliche Praxis in der Gesellschaft der DDR hatte“<sup>852</sup> freilegen. Der Vorsitzende plädierte in diesem Zusammenhang, marxistische Theorie und gesellschaftliche Umsetzung gemeinsam zu betrachten und zu bewerten.<sup>853</sup> Eppelmann antizipierte zudem die Ergebnisse der Anhörung, indem er postulierte, dass in den wissenschaftlichen Vorträgen und Zeitzeugenberichten vermutlich sichtbar werde, „daß das Scheitern der marxistisch-leninistischen Theorie in der Praxis vor allem in seinem falschen und unrealistischen Menschenbild begründet“<sup>854</sup> gewesen sei. Nachdem drei wissenschaftliche Vorträge gehalten und diskutiert wurden,<sup>855</sup> kamen fünf Zeitzeug:innen zu Wort, die allesamt Mitglieder des Bundestags waren.<sup>856</sup> Die Anhörung bildete, neben Berichten, Expertisen und Gutachten, eine zentrale Grundlage der Erkenntnisse, die die Kommission in ihrem Abschlussbericht verankerte. Dort versuchten die Verfasser:innen des Mehrheitsberichts zu beweisen, dass der Ideologie des Marxismus-Leninismus eine gewisse Totalität wesensimmanent sei. Dies kommt besonders in der Gegenüberstellung von Sozialismus und Rechtsstaat im Abschlussbericht zum Ausdruck, wo es heißt:

„Die Vorrangstellung der ‚sozialistischen Gesellschaft‘ vor dem Individuum stellt den grundsätzlichen Unterschied zum freiheitlichen Rechtsstaat dar, der die Würde des einzelnen mit seinen individuellen Menschenrechten zur Grundlage staatlichen Handelns macht und damit die Macht des Staates gegenüber dem Einzelnen begrenzt.“<sup>857</sup>

Wie an diesem Zitat abzulesen ist, reichte der Appell der Kommissionmehrheit bis in die Gegenwart hinein. Die Verurteilung der Ideologie war darauf ausgerichtet, auch jede gegenwärtige und zukünftige sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland zu delegitimieren.<sup>858</sup> Nicht nur das Kommissionsmitglied der PDS/Linke Liste fühlte sich durch derartige Ausführungen im Mehrheitsvotum mutmaßlich auf die Füße getreten. Die Mitglieder der SPD-Fraktion und drei sachverständige

---

852 Ebd., S. 11 (12-13).

853 Ebd., S. 11 (12-13).

854 Ebd., S. 11 (13).

855 Ebd., S. 11.

856 Ebd., S. 11 (74).

857 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 48.

858 Beattie, *Playing Politics with History*, 2008, S. 125.

Kommissionsmitglieder verfassten ein Sondervotum,<sup>859</sup> in dem sie die Instrumentalisierung der Ideologie durch die SED in den Vordergrund stellten.<sup>860</sup> Zugleich betonten sie, dass „nicht verkannt werden [dürfe], daß der Marxismus-Leninismus auf Teile der Gesellschaft eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt“<sup>861</sup> habe. Wie für die Kommissionsmehrheit galt der Marxismus-Leninismus zwar auch in den Augen der Verfasser:innen des Sondervotums „als obsolet“,<sup>862</sup> allerdings träfe „dies nicht generell für alle marxistischen Denkansätze zu“.<sup>863</sup> Über den Marxismus-Leninismus hinaus wurde auch der Antifaschismus vollständig durch die Kommissionsmehrheit delegitimiert.<sup>864</sup> Zudem stand mit der ersten Hauptaussage die besondere Wertschätzung der Opposition im Einklang. Allen, die sich mutig gegen die Diktatur positioniert hatten, galt der besondere Respekt der Kommission. Damit einher ging eine besondere Anerkennung des Aufstands vom 17. Juni 1953 als einzigem positiven Identifikationsmerkmal der DDR neben der friedlichen Revolution.<sup>865</sup>

Während der Diktaturcharakter der DDR von fast allen Kommissionsmitgliedern bejaht wurde, stieß die zweite Kernaussage, der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und SED-Regime, auf mehr Unbehagen. Die letzten beiden öffentlichen Anhörungen der Kommission, die am 3. und am 4. Mai 1994 im Reichstagsgebäude in Berlin stattfanden, trugen den Titel „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“.<sup>866</sup> Sie bildeten in gewisser Weise den Abschluss der öffentlichkeitswirksamen Kommissionstätigkeit. Der Vorsitzende Eppelmann eröffnete die erste Anhörung. Gleich zu Beginn hob er Unterschiede zwischen SED-Regime und Nationalsozialismus hervor, die seiner Meinung nach darin bestanden, dass sich das SED-Regime „nicht mit den Verbrechen des Rassismus, des Völkermordes und der Auslösung eines Krieges besudelt“<sup>867</sup> habe. Dies vorangestellt, nannte der Vorsitzen-

---

859 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 48-53.

860 Ebd., S. 50.

861 Ebd., S. 50.

862 Ebd., S. 51.

863 Ebd., S. 51.

864 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 162.

865 In diese Richtung *Meznik*, *Vom ‚legitimen Versuch‘ zum ‚verbrecherischen Experiment‘*, 2013, S. 176.

866 EK, Öff. Anh. zu beiden Diktaturen, 1. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band IX, 1995, S. 574 und EK, Öff. Anh. zu beiden Diktaturen, 2. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band IX, 1995, S. 676.

867 EK, Öff. Anh. zu beiden Diktaturen, 1. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band IX, 1995, S. 574 (575).

de Merkmale, die aus seiner Perspektive Parallelen zwischen den zwei Systemen aufwiesen. Dazu zählte er unter anderem einen totalitären Charakter beider Systeme und eine Missachtung von Menschen.<sup>868</sup> Indem er in einem Atemzug von „Gestapo und Sicherheitsdienst“<sup>869</sup> sowie von dem „Volksgenossen“ bzw. „sozialistischen Staatsbürger“<sup>870</sup> sprach, suggerierte er fragliche Parallelen. Der erste Redner, dem Eppelmann das Wort erteilte, war der konservative Historiker Horst Möller, der in seiner Rede für die Anwendung des Totalitarismus-Begriffs auf nationalsozialistische, faschistische und „sämtliche kommunistische [...] Diktaturen einschließlich der SED-Diktatur“<sup>871</sup> plädierte. Anknüpfend an die von Eppelmann genannten Unterschiede hob Möller hervor, dass ein zentraler Unterschied zwischen den Systemen darin bestanden habe, dass es „im Kommunismus [...] keinen millionenfachen ‚Rassenmord‘“<sup>872</sup> gegeben habe. Sogleich fügte er jedoch hinzu, es habe stattdessen „einen millionenfachen Mord aus anderen ideologischen Motiven, einen Klassenmord“<sup>873</sup> gegeben. Dazu verwies er nicht nur auf den stalinistischen Terror, sondern auch auf Lenin, den er als „Terrorist im politischen Sinne“<sup>874</sup> bezeichnete. Die Argumentationen Eppelmanns und Möllers waren typisch für den Umgang mit dem Diktaturenvergleich auch innerhalb der Kommissionsmehrheit. Unterschiede zwischen der NS-Diktatur und dem SED-Regime wurden zwar genannt, standen oftmals jedoch nicht im Fokus, wobei NS-Verbrechen bisweilen auch deutlich in den Hintergrund gerieten und es oftmals zu einer Vermischung zwischen Kommunismus im Allgemeinen und dem SED-Regime im Speziellen kam.<sup>875</sup> Insbesondere in der Anfangszeit sprachen Abgeordnete der CDU/CSU, F.D.P. und SPD in Bezug auf das SED-Regime des Öfteren von einem totalitären Regime.<sup>876</sup> In diesem Kontext muss beachtet werden, dass der Diktaturenvergleich keineswegs durch die Enquete-Kommission begründet wurde. Seit der Wiedervereinigung waren Diskurse

---

868 Ebd., S. 574 (575).

869 Ebd., S. 574 (575).

870 Ebd., S. 574 (576).

871 Ebd., S. 574 (578).

872 Ebd., S. 574 (579).

873 Ebd., S. 574 (579).

874 Ebd., S. 574 (579).

875 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 205-207.

876 Ebd., S. 200.

um die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“<sup>877</sup> und die sog. zweite deutsche Diktatur im Zuge der Aktenöffnungen und der strafrechtlichen Verfolgungen von SED-Unrecht typisch.<sup>878</sup> Die Enquete-Kommission nahm vor diesem Hintergrund eher noch die Schärfe aus dem Diskurs heraus, indem sie betonte, dass die Systeme zwar vergleichbar seien, aber nicht gleichgesetzt werden dürften. Auf der anderen Seite griff die Kommission antikommunistische Totalitarismuskonzepte der 1950er- und 1980er-Jahre auf, nach denen der Kommunismus im Vergleich zum Nationalsozialismus die größere Katastrophe gewesen sei. Der Diktaturenvergleich war mehr als eine theoretische Fragestellung, diente er doch der Identitätsbildung der Bundesrepublik Deutschland, die auf der Abgrenzung vom Nationalsozialismus einerseits und der Abgrenzung von der DDR andererseits fußte.<sup>879</sup> Die Schwierigkeiten, die einige Kommissionsmitglieder in dem Diktaturenvergleich sahen,<sup>880</sup> bezogen sich nicht auf den Vergleich per se, sondern auf eine durch den Vergleich drohende Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. In einem Sondervotum<sup>881</sup> der Mitglieder der SPD-Fraktion und drei sachverständiger Kommissionsmitglieder wurde angemahnt, dass die Aufarbeitung der DDR nicht dazu führen dürfe, „die Schrecken der NS-Zeit im gegenwärtigen Bewußtsein zu relativieren“.<sup>882</sup> Ebenso wie die Mitglieder der SPD-Fraktion warnte der Abgeordnete Keller in seinem Sondervotum vor einer Verharmlosung der NS-Diktatur.<sup>883</sup> Er beanstandete darüber hinaus, dass ein solcher Vergleich primär eine Schmähung der DDR beabsichtige.<sup>884</sup>

Dem Diktaturenvergleich folgte der sog. antitotalitäre Konsens der Enquete-Kommission, der am Ende der Hauptidee stand. Insbesondere die Christdemokrat:innen richteten den Konsens gegen die in ihren Augen

---

877 Für eine kritische Analyse der Diskurse um die „doppelte Vergangenheit“ siehe *Rudnick*, in: Fischer/Lorenz, Lexikon der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland, 2007, S. 275-279.

878 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Rudnick*, Die andere Hälfte der Erinnerung, 2011, S. 22, 57.

879 So Kocka in *EK*, Öff. Anh. zu beiden Diktaturen, 1. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band IX, 1995, S. 574 (589); siehe auch *Metzler*, Zeitgeschichte im Parlament, Die Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Historische Zeitschrift 266 (1998), S. 97 (106).

880 Siehe hierzu *Beattie*, Playing Politics with History, 2008, S. 207-211.

881 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 283-286.

882 Ebd., S. 284.

883 Ebd., S. 256, 264.

884 Ebd., S. 264.



nahezu extremistische PDS/Linke Liste.<sup>885</sup> Dabei markierten der antitotalitäre Konsens wie auch die gesamte Haupterzählung sowohl das Ende der Kommissionstätigkeit als auch ihren Beginn. Bereits in der Einsetzungsdebatte des Deutschen Bundestags vom 12. März 1992 nannte Eppelmann die DDR eine „DDR-Diktatur“.<sup>886</sup> Der Diktaturcharakter der DDR stand ferner für alle Gruppen und Fraktionen, bis auf die Gruppe PDS/Linke Liste, von Beginn an fest, denn er fand schon Eingang in ihre Anträge auf Einsetzung einer Kommission.<sup>887</sup> Auch in dem Mandat sowie im Kommissionsnamen selbst kam die Einordnung als Diktatur mehrmals zum Ausdruck,<sup>888</sup> Diktaturvergleiche kamen ferner bereits in der Einsetzungsdebatte zum Vorschein (s.o.). Auch den antitotalitären Konsens formulierte Eppelmann bereits vor Beginn der Kommissionstätigkeit in der Einsetzungsdebatte, indem er postulierte:

„Lassen Sie uns die wichtigste Lehre unseres Jahrhunderts für uns Deutsche formulieren: Nie wieder Diktatur! Egal, welche Bezeichnung sie auch immer tragen mag: national, religiös, nationalsozialistisch, sozialistisch oder kommunistisch – nie wieder Diktatur!“<sup>889</sup>

Vor diesem Hintergrund entwickelte die Kommission die Thesen ihrer Haupterzählung also nicht, sondern untermauerte diese in ihrer Tätigkeit. Es ist anzunehmen, dass durch das Denken vom Ergebnis her potenzielle Erkenntnismöglichkeiten verspielt wurden. Im Umgang mit der marxistischen Ideologie bspw. verbaute sich die Kommission die Möglichkeit, zu erforschen, wie die Ideologie in Ostdeutschland tatsächlich funktioniert hatte.<sup>890</sup> Das Erkenntnisinteresse der Kommission wurde durch das Anliegen der Kommissionsmehrheit überlagert, die DDR zu delegitimieren.<sup>891</sup> Zudem konnten die vertretenen Regierungsparteien durch die Abwertung der DDR gleichfalls von gegenwärtigen Herausforderungen bei der Ver-

---

885 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 236 mit Verweis auf *Koschyk*, in: Eckart/Hacker/Mampel, *Wiedervereinigung Deutschlands*, 1998, S. 473 (477-480) und *Jesse*, in: *Isensee*, *Vergangenheitsbewältigung durch Recht*, 1992, S. 9 (35).

886 *BT*, Debatte des BT am 12. März 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 25 (28).

887 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 109.

888 *Ebd.*, S. 109.

889 *BT*, Debatte des BT am 12. März 1992, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 25 (29).

890 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 132.

891 In diese Richtung auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 62.

wirklichung der Deutschen Einheit ablenken.<sup>892</sup> Obwohl die Ergänzung der Abgeordneten durch Sachverständige eine Rückkoppelung von subjektiv Erlebtem und persönlichen Ansichten an den objektiven Forschungsstand ermöglichen sollte, konnte sich die Wissenschaft im Ergebnis nicht durchsetzen. Die Enquete-Kommission konnte sich somit zu keinem Zeitpunkt von ihrem politischen Gepräge lösen.

Die vorgegebenen geschichtlichen Zeiträume und -punkte, die von der Kommission besonders betrachtet werden sollten,<sup>893</sup> berücksichtigten die Kommissionsmitglieder in ihrer Tätigkeit; zu allen finden sich Passagen im Abschlussbericht.<sup>894</sup> Dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 widmete die Kommission bspw. ein eigenes, wenn auch kurzes, Kapitel.<sup>895</sup> Die SBZ wurde im Rahmen des ersten Themenfelds adressiert.<sup>896</sup> Die Kommission beherzigte ebenfalls die meisten der geforderten „praktischen Konsequenzen“.<sup>897</sup> So leistete sie gewisse Abhilfe für die Opfer des SED-Regimes, indem sie opferbezogene spezifische Handlungsempfehlungen entwickelte.<sup>898</sup> Die Kommission empfahl in dieser Hinsicht 15 konkrete Maßnahmen, wie eine stärkere finanzielle Unterstützung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, eine finanzielle Förderung von Opfer-Verbänden sowie eine Förderung von Gedenkstätten mit gesamtstaatlicher Bedeutung.<sup>899</sup> Viele der Empfehlungen sind jedoch sehr vage formuliert und werfen weitere Fragen auf. Beispielsweise empfahl die Kommission „Personen, die aus politischen Gründen besondere berufliche Nachteile hinzunehmen hatten [...] mit Hilfe von Förderprogrammen bei ihrer Aus- und Weiterbildung“<sup>900</sup> zu unterstützen. Wie diese Förderprogramme aussehen sollten und die Förderung konkret ausgestaltet sein könnte, wurde nicht im Ansatz spezifiziert. Im Abschlussbericht wurde den Opfern

---

892 *Meznik*, Vom ‚legitimen Versuch‘ zum ‚verbrecherischen Experiment‘, 2013, S. 165.

893 *EK*, Beschlußempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (A III.).

894 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 18-20 (Konstituierung der Diktatur), S. 196-197 (Aufstand vom 17. Juni 1953), S. 89-90, 100 (Zwangskollektivierung und Mauerbau), S. 204 (Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR), S. 127-128 (Machtwandel von Ulbricht zu Honecker), S. 207-211, 134-136 (friedliche Revolution und Wiedervereinigung).

895 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 196, 197.

896 *Ebd.*, S. 16, 18-21.

897 *EK*, Beschlußempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (IV.); s.o. unter D. II.2.b.

898 Siehe zu den opferbezogenen Empfehlungen *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 232, 233.

899 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 232, 233.

900 *Ebd.*, S. 233.

zudem eine gewisse Abhilfe geboten, indem die DDR-Vergangenheit und das Leid der Opfer für die Nachwelt festgehalten wurden. So widmete die Kommission den Opfern des SED-Regimes ein eigenes Kapitel im Abschlussbericht, in dem allerdings weder einzelne Geschichten noch die Namen der Opfer erwähnt sind. Stattdessen unternahm die Kommission den Versuch, bestimmte Opferkategorien zu bestimmen.<sup>901</sup> Ihrem Mandat nach sollte die Kommission in Bezug auf die Opfer zudem aufzeigen, inwieweit noch nachwirkende Benachteiligungen im beruflichen Sektor und im Bildungsbereich überwunden werden könnten.<sup>902</sup> Bis auf die allgemeine Forderung, „Personen, die aus politischen Gründen besondere berufliche Nachteile hinzunehmen hatten“<sup>903</sup> zu unterstützen, finden sich im Abschlussbericht keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die Kommission spezifisch mit dieser Frage auseinandergesetzt hat. Ebenso wenig enthält der Abschlussbericht die geforderten Hinweise zu Verarbeitungsmöglichkeiten.<sup>904</sup> Alle anderen aufgegebenen Konsequenzen beherzigte die Kommission allerdings.<sup>905</sup>

Insbesondere finden sich an mehreren Stellen des Abschlussberichts die geforderten Handlungsempfehlungen.<sup>906</sup> Neben denjenigen, die sich explizit auf den Umgang mit Opfern des SED-Regimes beziehen (s.o.), formulierte die Kommission weitere Empfehlungen zu spezifischen Themenfeldern.<sup>907</sup> Zudem finden sich in einem allgemeinen Teil zu „Erfahrungen, Erkenntnisse[n] und Empfehlungen“<sup>908</sup> der Kommission weitere Empfehlungen allgemeiner Natur.<sup>909</sup> Die Kommission regte dort bspw. bei der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung an, die wissenschaftliche Forschung zu unterstützen.<sup>910</sup> Der Kultusministerkonferenz empfahl die Kommission ferner, die aktuellen Schulbücher auf die Vereinbarkeit mit einem passenden zeitgeschichtlichen Bildungs-

---

901 Ebd., S. 229, 230.

902 EK, Beschlußempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 6 (IV.); s.o. unter D. II.2.b.

903 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 233.

904 EK, Beschlußempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 7 (IV.); s.o. unter D. II.2.b.

905 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 214-218 (Regierungskriminalität), S. 234-249 (Archive), S. 280-281 (wissenschaftliche Aufarbeitung).

906 EK, Beschlußempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 7 (IV.); s.o. unter D. II.2.b.

907 Siehe bspw. zu dem Thema „Archive zur Erforschung der DDR-Geschichte“ die Handlungsempfehlungen unter EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 249.

908 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 279.

909 Ebd., S. 279-286.

910 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen bzgl. der Empfehlungen EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 280-286.

auftrag zu überprüfen. In einem Sondervotum von SPD-Kommissionsmitgliedern und drei sachverständigen Kommissionsmitgliedern zu dem allgemeinen Teil sind weitere Handlungsempfehlungen festgehalten. Die Verfasser:innen des Sondervotums empfahlen bspw. die Einführung von Gedenktagen. Die Empfehlungen der Kommission erschöpften sich insgesamt in sehr allgemein gehaltenen Forderungen. Als besonders bedauerlich erscheint in diesem Kontext, dass sich die Kommission nicht auf allgemeine Empfehlungen einigen konnte, sondern auch an dieser Stelle ein Sondervotum entwickelt werden musste.

Die Arbeitsweise der Kommission enthielt alle drei vorgegebenen Elemente. Die Kommission führte zunächst die geforderten Dialoge mit Betroffenen, Bürgergruppen, Aufarbeitungsinitiativen und Wissenschaftler:innen.<sup>911</sup> Dazu veranstaltete sie am 30. September 1992 eine Anhörung zu dem Thema „Erfahrungsaustausch mit Organisationen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen“.<sup>912</sup> Die Kommission führte gleichfalls insgesamt 44 öffentliche Anhörungen durch, die nicht nur in der alten Hauptstadt Bonn und der neuen Hauptstadt Berlin stattfanden, sondern darüber hinaus an vielen weiteren Orten der neuen Bundesländer.<sup>913</sup> Insgesamt kamen in diesen Anhörungen 327 Wissenschaftler:innen und Zeitzeug:innen zu Wort.<sup>914</sup> Die Anhörungen begannen in der Regel mit einer kurzen Eröffnungsrede des Kommissionsvorsitzenden, in der dieser nicht nur die Anwesenden begrüßte, sondern auch inhaltlich in das Anhörungsthema einführte. Danach folgten in der Regel mehrere wissenschaftliche Vorträge, die häufig mit einer Diskussionsrunde abgeschlossen wurden. Schließlich kamen im zweiten Teil der Anhörungen mehrere Zeitzeug:innen zu Wort. Wie die wissenschaftlichen Vortragenden hielten auch sie eigene „Vorträge“, bei denen sie selten unterbrochen wurden. Manchmal wurde ihnen zuvor ein Fragenkatalog mit bestimmten Fragestellungen ausgehändigt.<sup>915</sup> Da die Zeitzeug:innen erst am Ende der Anhörungen auftraten, gerieten sie zuweilen in Zeitnot.<sup>916</sup> In diesem Zusammenhang wurde in einer Anhörung die Frage aufgeworfen, ob

---

911 EK, Beschlußempfehlung, BT-Drs. 12/2597, 1992, S. 7 (V.); s.o. unter D. II.2.b.

912 EK, Öff. Anh. zum Erfahrungsaustausch, in: BT, Materialien, 12. WP, Band IX, 1995, S. 120.

913 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 11.

914 Ebd., S. 11.

915 EK, Öff. Anh. zu Blockparteien, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 277 (382).

916 Siehe z.B. EK, Öff. Anh. zu Blockparteien, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 277 (381).

die Zeitzeug:innen nicht generell lieber zu Beginn der Anhörungen zu Wort kommen sollten.<sup>917</sup> Bis zuletzt blieb es jedoch dabei, dass die Zeitzeug:innen die Anhörungen erst am Ende durch ihre Beiträge bereichern konnten. Bei den Anhörungen war die Anbindung der Kommissionsmitglieder an den Deutschen Bundestag nicht zu übersehen. Dass Anhörungen wegen Abstimmungen unterbrochen wurden, war keine Seltenheit.<sup>918</sup> Auch kam es vor, dass der Kommissionsvorsitzende Eppelmann persönlich inmitten einer öffentlichen Anhörung abreiste, um einen Termin wahrzunehmen.<sup>919</sup>

Bei den Zeitzeug:innen handelte es sich oftmals um Menschen mit fachlichem Hintergrundwissen zu dem jeweiligen Anhörungsthema. Im Rahmen der Anhörung zu dem Thema „Marxismus-Leninismus und die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR“<sup>920</sup> kamen lediglich Mitglieder des Bundestags als Zeitzeug:innen zu Wort.<sup>921</sup> Oftmals standen auch bei den Zeitzeug:innen nicht die persönlichen Erfahrungen, sondern die eigene Expertise im Vordergrund. Im Widerspruch dazu stand das von der Kommission im Abschlussbericht verankerte Anliegen, die Bürger:innen und Opfer des SED-Regimes in den Mittelpunkt der Anhörungen zu stellen.<sup>922</sup> In der Angabe, die Kommission habe primär DDR-Bürger:innen anhören wollen, „die unter dem SED-Regime entweder zu schweigen genötigt waren oder, weil sie zu den erklärten ‚Andersdenkenden‘ gehörten, unter Repressionen zu leiden hatten“<sup>923</sup> kommt zudem das Bild der Kommission von der DDR-Bevölkerung zum Ausdruck. Die Bevölkerung galt entweder als „Opfer staatlicher Repression oder als [...] zur Anpassung genötigte Masse“.<sup>924</sup> Ihr Anliegen versuchte die Kommission insbesondere im Wege von zwei öffentlichen Anhörungen zu dem Thema „Die SED-Diktatur – politische, geistige und psychosoziale Unterdrückungsmechanismen/Er-

---

917 EK, Öff. Anh. zu Blockparteien, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 277 (381).

918 Siehe bspw. EK, Öff. Anh. zum Marxismus-Leninismus, in: BT, Materialien, 12. WP, Band III/1, 1995, S. 11 (12).

919 EK, Öff. Anh. zu Blockparteien, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 277 (343).

920 EK, Öff. Anh. zum Marxismus-Leninismus, in: BT, Materialien, 12. WP, Band III/1, 1995, S. 11 (11).

921 Ebd., S. 11 (74).

922 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 11.

923 Ebd., S. 11.

924 *Meznik*, Vom ‚legitimen Versuch‘ zum ‚verbrecherischen Experiment‘, 2013, S. 123.

fahrungen im Alltag<sup>925</sup> zu verwirklichen. Im Rahmen der ersten Anhörung berichteten 13 Zeitzeug:innen,<sup>926</sup> im Rahmen der zweiten Anhörung weitere 5,<sup>927</sup> von ihren eigenen Alltagserfahrungen, von Repression, von Angst und von Mut im Umgang mit persönlichen Herausforderungen. Doch selbst in diesen Anhörungen dominierten die Vorträge und wissenschaftlichen Diskurse.<sup>928</sup> Insgesamt betrachtet, entstand in vielen Anhörungen der Eindruck eines rein (politik-)wissenschaftlichen Diskurses, in dem den Erfahrungen der ehemaligen DDR-Bevölkerung kein angemessener Platz eingeräumt wurde.<sup>929</sup> Einen geringen Platz in den Anhörungen nahmen Vertreter:innen der Seite der Täterpersonen ein. Sie kamen in wenigen Anhörungen zu Wort. Zwar befragte die Kommission mehrere Personen, die zum Teil hohe Ämter im SED-Staat belegt hatten.<sup>930</sup> Die meisten eingeladenen ehemaligen Regierungsbeamt:innen lehnten eine Teilnahme an den Anhörungen jedoch zum Teil aus Angst davor ab, dass ihre Aussagen vor Gericht gegen sie verwendet werden könnten.<sup>931</sup>

Die Aufmerksamkeit der Bevölkerungsmehrheit konnte die Kommission im Wege der öffentlichen Anhörungen nicht erlangen.<sup>932</sup> Dabei hatte es mehrere Ideen gegeben, um die Öffentlichkeit stärker zu involvieren.<sup>933</sup> In der Diskussion um das „Wie“ der Einbeziehung der Bevölkerung der neuen Bundesländer war bspw. der Vorschlag entstanden, Gespräche mit Bürger:innen zu führen und dazu auch mit Bussen in einzelne Regionen zu fahren.<sup>934</sup> Zu Beginn der Kommissionstätigkeit hatte der Vorsitzende einen narrativen Ansatz in Erwägung gezogen, er wollte überall in den

---

925 EK, Öff. Anh. zum DDR-Alltag, 1. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 111; EK, Öff. Anh. zum DDR-Alltag, 2. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 219.

926 EK, Öff. Anh. zum DDR-Alltag, 1. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 111 (111-112).

927 EK, Öff. Anh. zum DDR-Alltag, 2. Teil, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 219.

928 Beattie, *Playing Politics with History*, 2008, S. 70.

929 Yoder, Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany, *German Politics* 8 (1999), S. 59 (72); siehe auch Beattie, *Playing Politics with History*, 2008, S. 70; ähnlich auch Krüger, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (144).

930 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 11.

931 Hayner, *Unspeakable Truths*, 2011, S. 52.

932 Beattie, *Playing Politics with History*, 2008, S. 234.

933 Ebd., S. 67, 68.

934 Siehe hierzu Beattie, *Playing Politics with History*, 2008, S. 67, 68; siehe auch Krüger, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (143-144).

neuen Bundesländern tausende Menschen nach ihren persönlichen Geschichten befragen.<sup>935</sup> Im Ergebnis konnten sich die Vorschläge, die möglicherweise die öffentliche Aufmerksamkeit erhöht hätten, nicht durchsetzen. Die geringe Teilnahme der Öffentlichkeit wurde ebenfalls für die Zeitzeug:innen sichtbar. Am Ende einer Anhörung bedauerte eine Zeitzeugin:

„Ich möchte noch eines zur heutigen Anhörung sagen. Ich finde es schade, daß so wenig Öffentlichkeit da ist, [...] ich würde es aber noch schlimmer finden, wenn bei der Presse das Bild derart entstehen würde, daß sich das aus Mangel an Interesse so darstellt. Das ist aber auf keinen Fall so, sondern das ist einfach ganz schlecht publiziert worden.“<sup>936</sup>

Tatsächlich entwickelte die Kommission keine eigene umfassende Publikationskampagne und war somit primär auf die Berichterstattung der Medien angewiesen. Nach eigener Angabe hat die Kommission dort eine „oft sehr kontroverse Beachtung gefunden“.<sup>937</sup> Auch musste sie sich die mediale Aufmerksamkeit von Beginn an mit der BStU teilen. Nicht nur die persönlichen Stellungnahmen des Bundesbeauftragten, sondern auch die medialen Enthüllungsberichte führten dazu, dass sich die BStU zu der „maßgebenden [...] Stimme in der öffentlichen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit“<sup>938</sup> entwickelte. Der Vorsitzende der Kommission versuchte, bestimmte Anhörungen bekannter zu machen, indem er am Ende einer Anhörung sein Publikum darum bat, im Wege der Mundpropaganda auf die nächsten öffentlichen Anhörungen der Kommission aufmerksam zu machen.<sup>939</sup> Dies zeigt deutlich auf, dass die Kommission in weiten Teilen der Bevölkerung nicht bekannt war. Insgesamt betrachtet konnte die Kommission den geforderten „Dialog mit der Öffentlichkeit“<sup>940</sup> somit nicht umsetzen.

---

935 *Wüstenberg*, *Aufarbeitung oder Versöhnung*, 2008, S. 90 mit Verweis auf ein persönlich geführtes Interview mit Eppelmann am 9. Dezember 1999.

936 *EK*, *Öff. Anh. zum DDR-Alltag*, 1. Teil, in: *BT, Materialien*, 12.WP, Band II/1, 1995, S. 111 (163).

937 *EK*, *Abschlussbericht*, *BT-Drs.* 12/7820, 1994, S. 6 (Vorwort von Eppelmann).

938 *Meznik*, *Vom ‚legitimen Versuch‘ zum ‚verbrecherischen Experiment‘*, 2013, S. 204.

939 *EK*, *Öff. Anh. zum DDR-Alltag*, 2. Teil, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band II/1, 1995, S. 219 (276).

940 *EK*, *Beschlußempfehlung*, *BT-Drs.* 12/2597, 1992, S. 4 (A I.); s.o. unter D. II.2.b.



Neben den öffentlichen Anhörungen veranstaltete die Kommission 37 Anhörungen, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich waren.<sup>941</sup> Die Kommission gab zudem insgesamt 148 Expertisenaufträge zu 95 Themen in Auftrag.<sup>942</sup> Neben anderen erstellten der Historiker Peter Hübner<sup>943</sup> und die Historikerin Charlotte Schubert<sup>944</sup> Analysen. Die Kommission vergab ferner zwei Forschungsaufträge zur Quellenforschung in russischen Archiven.<sup>945</sup> In Bezug auf die russischen Archive ergab sich die Schwierigkeit, dass diese zum damaligen Zeitpunkt nicht frei zugänglich waren.<sup>946</sup> Ebenso wenig konnten gewisse Bestände aus den Archiven des Westens frei eingesehen und verwertet werden.<sup>947</sup> Überdies erstellten die BStU sowie wissenschaftliche Mitarbeiter:innen aus dem Sekretariat der Kommission Forschungsberichte.<sup>948</sup> Die Kommission hörte zudem diverse Institutionen, Organisationen und Initiativen wie das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau an.<sup>949</sup> Die Expertisen auswärtiger Wissenschaftler:innen und die Erkenntnisse, die aus den Anhörungen gewonnen werden konnten, bildeten die zentralen Informationsquellen der Kommission.<sup>950</sup>

Die Kommission erstellte rechtzeitig einen Abschlussbericht, den sie dem Deutschen Bundestag am 17. Juni 1994 vorlegte.<sup>951</sup> Zusätzlich zu dem Bericht veröffentlichte der Bundestag die Materialien der Kommission in 18 umfangreichen Bänden.<sup>952</sup> Der Bericht fußt auf den Erkenntnissen, die aus den Expertisen, Berichten, Forschungsaufträgen sowie Anhörungen und Diskussionsbeiträgen gewonnen werden konnten.<sup>953</sup> Der Abschlussbericht ist, wie die Tätigkeit der Kommission selbst, durch das Aufzeigen von Strukturen der SBZ und der DDR gekennzeichnet. Er handelt nicht von einzelnen Menschen und ihren Geschichten, sondern von historischen Entwicklungen. Die einzelnen Beiträge zu den sechs Themenkomplexen sind abstrakte Beschreibungen von Trends und analytische

---

941 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 12.

942 Ebd., S. 11.

943 Hübner, in: BT, Materialien, 12. WP, Band II/3, 1995, S. 1723-1769.

944 Schubert, in: BT, Materialien, 12. WP, Band III/3, 1995, S. 1773-1811.

945 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 11.

946 Ebd., S. 19.

947 Ebd., S. 128.

948 Ebd., S. 11.

949 Ebd., S. 297.

950 Ebd., S. 11.

951 Ebd., S. 5 (Vorwort von Eppelmann).

952 *Enquete-Online*, Materialien der EK, abrufbar unter <[https://enquete-online.de/recherche/detail/?show=wp12b1\\_0002](https://enquete-online.de/recherche/detail/?show=wp12b1_0002)> abgerufen am 26.07.2021.

953 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 12.



Abhandlungen. Innerhalb der behandelten sechs Themenkomplexe sind Lücken und Forschungsdesiderata vorhanden, auf die die Kommission an verschiedenen Stellen des Abschlussberichts hindeutet.<sup>954</sup> Das prägnante Merkmal des Abschlussberichts bildet die Vielzahl an Sondervoten. Zu dem Thema „Rolle und Funktion der Wissenschaft im SED-Staat“<sup>955</sup> bestand innerhalb der Kommission eine grundsätzliche Uneinigkeit dahingehend, ob dieses Thema prinzipiell Eingang in den Abschlussbericht finden sollte.<sup>956</sup> In dem Sondervotum des Abgeordneten Keller zu dem gesamten Bericht kommt zum Ausdruck, dass er und insbesondere seine Fraktion sich den im Abschlussbericht verankerten zentralen Ergebnissen der Kommission in weiten Teilen nicht anschließen wollten.<sup>957</sup> Die beträchtlichen Differenzen betrafen unter anderem die Charakterisierung der DDR als Diktatur und Unrechtsstaat sowie die Vergleichbarkeit zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und dem SED-Regime (s.o.). Keller führte in seinem Sondervotum zudem an, dass der „Widerspruch zwischen politischer Willensbildung [...] und der Suche nach der Wahrheit [...] nicht lösbar“<sup>958</sup> gewesen sei. Er gab an, im Abschlussbericht würden wissenschaftlich unbelegte „Vorurteile über die Geschichte der DDR“<sup>959</sup> vorhanden sein. Der Abgeordnete stellte überdies infrage, dass die Kommission tatsächlich einen Beitrag zur Versöhnung leisten konnte.<sup>960</sup> Die geäußerte Kritik an der Tätigkeit der Kommission wiesen die Verfasser:innen des Mehrheitsberichts mit dem Vorwurf der politischen Voreingenommenheit Kellers zurück:

„Soweit in dem Votum Kritik an der Arbeit der Enquete-Kommission geäußert wird, läßt es zwar Ansätze zu einer differenzierten Auseinandersetzung erkennen, aber noch deutlicher wird sichtbar, daß das sich dort abzeichnende Geschichtsbild dazu dienen soll, Existenz und Politik der PDS zu rechtfertigen.“<sup>961</sup>

---

954 Ebd., S. 11.

955 Ebd., S. 68.

956 Ebd., S. 73.

957 Laut *Beattie* stand Keller nicht eigentlich hinter dem Sondervotum, das jedoch Kellers Name als PDS-Vertreter der Kommission tragen musste, siehe *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 76.

958 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 250.

959 Ebd., S. 250.

960 Ebd., S. 278.

961 Ebd., S. 280.

Wenngleich das Sondervotum des Abgeordneten in der Zurückweisung des gesamten Abschlussberichts einzigartig war, reihte es sich in eine Reihe anderer Sondervoten ein (s.o.). Dort traten oftmals nicht nur inhaltliche Differenzen zutage, sondern auch Kritik an der Umgangsweise innerhalb der Kommission wie z.B. bei der Adressierung des Themenfelds „Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur“.<sup>962</sup> Kommissionsmitglieder der SPD-Fraktion und zwei sachverständige Kommissionsmitglieder verfassten zu diesem Teil ein Sondervotum, in dem sie ausführten, sie seien dazu „genötigt“<sup>963</sup> worden, Änderungswünsche in Form von formulierten Anträgen beizusteuern und es habe eine Verhinderung der Diskussion ihrer Anträge stattgefunden, sodass die SPD-Mitglieder die Kommissionssitzung schließlich verließen.<sup>964</sup> Die Kommissionsmitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. attestierten dem Sondervotum daraufhin „politisch motivierte [...] Tatsachenverdrehungen“.<sup>965</sup> Sie gaben an, der Zweck des Sondervotums würde darin bestehen, „die Rolle des MfS bei der konspirativen Durchdringung der Kirchen herunterzuspielen“.<sup>966</sup> Es ließe ferner den Eindruck entstehen, „daß die Aufarbeitung der Vergangenheit eines führenden SPD-Mitglieds aus dem Bereich der DDR-Kirchen mit diesem Sondervotum verhindert werden soll“.<sup>967</sup> Der Vorwurf, die SPD-Mitglieder versuchten, die Aufarbeitung zu verhindern, markiert einen Tiefpunkt in der Umgangsweise miteinander und zeigt, wie wenig sich die Kommissionsmitglieder gegenseitig vertrauten, ein ernsthaftes Interesse an einer objektiven Aufarbeitung des SED-Regimes zu verfolgen. Über die Kritik an der Umgangsweise hinaus äußerten die Kommissionsmitglieder an mehreren Stellen des Abschlussberichts Kritik an ihrem eigenen Bericht. Die stärkste Kritik tritt in einem Sondervotum<sup>968</sup> von Kommissionsmitgliedern der SPD-Fraktion und drei sachverständigen Kommissionsmitgliedern hervor. Sie attestierten dem Abschlussbericht „vielfältige Unzulänglichkeiten, Disproportionen, Lücken und auch formale Mängel“.<sup>969</sup>

---

962 Ebd., S. 158 (siehe zum gesamten Thema S. 158-188).

963 Ebd., S. 178.

964 Ebd., S. 178.

965 Ebd., S. 188.

966 Ebd., S. 188.

967 Ebd., S. 188; die Verfasser:innen der Stellungnahme spielten hier auf Manfred Stolpe an.

968 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 283-286.

969 Ebd., S. 283.

Im Ergebnis war die Umsetzung der zentralen Kommissionsaufgabe oftmals durch parteipolitische Vereinnahmungen gekennzeichnet. Der Abschlussbericht wirkt dadurch an vielen Stellen wie eine Zusammenstellung der unterschiedlichen damaligen Parteiprogramme. Nach Ansicht von Keller und Reinhard Mocek, damaliges Parteimitglied der PDS/Linke Liste, liegt es in der Natur der Sache, dass Parteien „nicht primär nach Wahrheit, sondern nach Mehrheiten“<sup>970</sup> streben. Stand die politische Zusammensetzung der Kommission tatsächlich der Wahrheitsfindung im Wege?<sup>971</sup> Zunächst ist anzumerken, dass nicht alle Dissonanzen auf die verschiedenen politischen Hintergründe der Mitwirkenden zurückzuführen sind, manche entstanden vielmehr durch eine destruktive Kommunikation innerhalb der Kommission. Der Vorwurf der Manipulation der Kommissionstätigkeit zu politischen Zwecken tauchte immer wieder dort auf, wo Uneinigkeit herrschte und berechtigte dazu, jegliche inhaltliche Auseinandersetzung mit einem Thema sofort zu beenden. Somit verbaute sich die Kommission die Chance, nach Kompromissformeln zu suchen. Die Anbindung an den Deutschen Bundestag wies von Beginn an die Gefahr auf, dass die Aufarbeitung der ostdeutschen Vergangenheit zum politischen Spielball würde, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Abschlussbericht der Kommission kurz vor den nächsten nationalen Wahlen von dem Deutschen Bundestag besprochen würde. Diese Gefahr realisierte sich gewissermaßen. So wurde im Abschlussbericht festgehalten, dass die Tätigkeit der Kommission partiell im Rahmen des Wahlkampfes von 1994 instrumentalisiert wurde.<sup>972</sup> Die politische Zusammensetzung selbst führte dazu, dass die Kommissionsmehrheit das Interpretationsmonopol für sich beanspruchte. Antikommunist:innen – sowohl aus den alten als auch aus den neuen Bundesländern – schrieben gegen den Kommunismus und die PDS/Linke Liste Geschichte.<sup>973</sup> Die Möglichkeit, unter Einbeziehung aller Parteien Ergebnisse zu erarbeiten, die eine Identifizierung der gesamten Bevölkerung ermöglichen könnten, wurde somit negiert. Die Kommission als Ganze konnte es nicht leisten, in wesentlichen Punkten zu einer Einigung zu gelangen. Dies wurde ebenfalls durch die diversen Gegendarstellungen wie der von der PDS/Linke Liste herausgebrachten Reihe „An-

---

970 Keller/Mocek, in: Elm/Keller/Mocek, Ansichten zur Geschichte der DDR, Band IX/X, 1998, S. 8 (11).

971 Nach Keller/Mocek, in: Elm/Keller/Mocek, Ansichten zur Geschichte der DDR, Band IX/X, 1998, S. 8 (28) vernebelt „Der politische Auftrag der Kommission [...] den Blick auf die ganze Wahrheit“.

972 EK, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 11.

973 Beattie, *Playing Politics with History*, 2008, S. 11.

sichten zur Geschichte der DDR<sup>974</sup> deutlich. Zudem gründete sich bereits 1993 eine „Alternative Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte“.<sup>975</sup> Bis zu einem gewissen Grad ist die Handlungsweise der Kommissionsmehrheit nachvollziehbar gewesen. Dass die Aufarbeitung der Vergangenheit sich primär auf Unrecht konzentrieren muss, ist evident. Dass dieses in der DDR besonders von führenden kommunistischen Kräften ausging, gleichermaßen. Allerdings ließ es die Kommissionsmehrheit stellenweise erheblich an Differenzierungen fehlen. Gleichwohl ermöglichten die Sondervoten an diesen Stellen eine Abmilderung, sie erlaubten zum Teil eine „pluralistische Deutung der Vergangenheit“.<sup>976</sup> Darüber hinaus konnte die Kommission viele Themenkomplexe und Unterthemen inhaltlich anreichern. Sie konnte es leisten, den Fokus von der Staatssicherheit weg auch auf andere Themen des SED-Regimes zu erweitern und dort zu fundierten Erkenntnissen zu kommen.<sup>977</sup> Darüber hinaus gelang es der Kommission, einzelne Debatten über die Identität des vereinten Deutschlands anzuregen.<sup>978</sup> Vor diesem Hintergrund konnte die Kommission ihre zentrale Aufgabe im Ergebnis erfüllen. Ihre politische Zusammensetzung erwies sich dabei gleichwohl als Hemmnis.

### c.) Zielsetzungen

Bis heute herrscht Unklarheit über die Ziele der Enquete-Kommission. Die in dem Mandat verankerten Zielsetzungen wurden zum einen von der zentralen Aufgabe der Kommission und zum anderen von ihrer institutionellen Form als Enquete-Kommission überlagert. Dies resultierte darin, dass oftmals angenommen wurde, die zentrale Aufgabe sei gleichzeitig das Ziel der Kommission oder ihr Ziel habe in der Formulierung von Handlungsempfehlungen an den Bundestag gelegen.<sup>979</sup> Zum Teil wurden auch

---

974 Siehe dazu exemplarisch *Keller/Mocek*, in: Elm/Keller/Mocek, *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Band IX/X, 1998.

975 *Enquete-online*, Ergebnisse, abrufbar unter <<https://enquete-online.de/ergebnisse/>> abgerufen am 26.07.2021.

976 *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (141).

977 *Meckel*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, *Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung*, 1999, S. 120 (125).

978 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 7, 8.

979 So z.B. angenommen von *Werle/Vormbaum*, *Transitional Justice*, 2018, S. 91.

die zu beachtenden praktischen Konsequenzen als Ziele verstanden.<sup>980</sup> Hinzu kam, dass der Kommissionsvorsitzende in seinem Vorwort zum Abschlussbericht Ziele aufzählte, die sich nicht uneingeschränkt mit den in dem Mandat verankerten Zielsetzungen decken. Zwar nannte er die drei Ideale Gerechtigkeit, Versöhnung und Nationenbildung, doch umschrieb er die Gerechtigkeit gleich zweimal und ergänzte als Ziel die Formulierung von Hinweisen für den Gesetzgeber.<sup>981</sup> Auch diese vom Kommissionsvorsitzenden beschriebenen Ziele und Aufgaben wurden von verschiedenen Autor:innen als Referenz herangezogen.<sup>982</sup> Als zentrale Ursache für die beträchtliche Uneinigkeit hinsichtlich der Ziele der Kommission kann jedoch gelten, dass die Zielsetzungen in der Beschlussempfehlung nicht präzise beschrieben und nur teilweise ausdrücklich als Zielsetzungen bezeichnet wurden.

In Eppelmanns Vorwort zum Abschlussbericht wird deutlich, dass das Ziel, einen Beitrag zur Gerechtigkeit zu leisten, für den Kommissionsvorsitzenden eine besondere Bedeutung besaß. In seiner Aufzählung nahm die Förderung der Gerechtigkeit die erste Stelle ein. Eppelmann postulierte, dass die Kommission einen Beitrag dazu leisten sollte, „daß jene Kräfte, die in der DDR maßgeblich die Unterdrückung der Menschen organisierten, niemals wieder eine politische Chance im vereinigten Deutschland erhalten“<sup>983</sup> werden, und dass die Kommission den Opfern dadurch, dass sie den Unrechtscharakter der SED-Diktatur beleuchtete, „zumindest historische Gerechtigkeit widerfahren lassen“<sup>984</sup> sollte. Während in der ersten Formulierung die Forderung nach Lustrationen zum Ausdruck kommt, zielt die zweite Formulierung auf die Anerkennung des DDR-Unrechts ab. In der Praxis unternahm die Kommission den Versuch, einen Beitrag zur Gerechtigkeit zu leisten, indem sie Verantwortlichkeiten feststellte, so wie es in ihrem Mandat verankert ist. Sie widmete diesem Thema ein eigenes Kapitel in ihrem Abschlussbericht.<sup>985</sup> Dort unternahm sie den Versuch, eine Hierarchie der Verantwortlichkeiten zu bestimmen: Sie schrieb Mitgliedern bestimmter Organisationen und Institutionen mit größeren

---

980 So von *Meckel*, in: Faulenbach/Meckel/Weber, *Die Partei hatte immer recht*, 1994, S. 250 (259-260).

981 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 5 (Vorwort Eppelmann).

982 So z.B. von *Yoder*, *Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany*, *German Politics* 8 (1999), S. 59 (71).

983 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 5 (Vorwort Eppelmann).

984 *Ebd.*, S. 5 (Vorwort Eppelmann).

985 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 24-27.

Zuständigkeitsbereichen in abgestufter Rangfolge sog. Gesamtverantwortungen zu.<sup>986</sup> In diesem Kontext postulierte sie: „Wer als maßgeblicher Funktionsträger für die Zustände in der DDR insgesamt oder in wichtigen Teilbereichen Verantwortung trug, dem kann keine politische Macht, die immer auch Macht über Menschen einschließt, anvertraut werden“.<sup>987</sup> Zugleich plädierte die Kommission dafür, die jeweiligen Einzelfälle zu prüfen.<sup>988</sup> Wichtiger als die Gesamtverantwortung erschien der Kommission eine sog. Einzelverantwortung, die sich etwa auf einzelne Maßnahmen oder Beschlüsse beziehe.<sup>989</sup> Diese sei ausschlaggebend, um die politischen und beruflichen Möglichkeiten von ehemaligen Funktionär:innen im vereinten Deutschland festzulegen.<sup>990</sup> Zur Bestimmung der jeweiligen Einzelverantwortung einer Person entwickelte die Kommission fünf Kriterien<sup>991</sup> wie bspw. die Frage, inwieweit ein besonderer Zugang zu Informationen bestanden habe.<sup>992</sup> Auch in dem allgemeinen Teil des Abschlussberichts sind Passagen zu der Gerechtigkeitsvorstellung der Kommission enthalten. Die Kommissionsmehrheit merkte dort an, dass niemand, der in nachgeordneten Stellen für das SED-Regime gearbeitet habe, pauschal und permanent ausgegrenzt werden dürfe.<sup>993</sup> Zudem gab die Kommission an, dass individuelle Verantwortung nur durch eine individuelle Prüfung ermittelt werden könne.<sup>994</sup> Gleichzeitig konstatierte sie, dass „Personen, die sich durch schuldhaftes Verhalten oder ihre Stellung im Machtapparat kompromittiert haben [...] für Führungspositionen im demokratischen Staat und in demokratischen Parteien nicht geeignet“<sup>995</sup> seien, eine Aussage, die „nicht mit einem Mangel an Bereitschaft zur Versöhnung verwechselt werden“<sup>996</sup> dürfe. Die Kommission stellte an dieser Stelle die widersprüchlichen Annahmen auf, dass individuelle Verantwortung lediglich durch individuelle Prüfung ermittelt werden könne, einige Täterpersonen jedoch gleichzeitig per se keine Führungspositionen im gesamtdeutschen demokratischen Staat übernehmen dürften. Auch in einer anderen Aussage

---

986 Ebd., S. 25, 26.

987 Ebd., S. 25.

988 Ebd., S. 26.

989 Ebd., S. 26.

990 Ebd., S. 26.

991 Ebd., S. 26, 27.

992 Ebd., S. 26.

993 Ebd., S. 281.

994 Ebd., S. 281.

995 Ebd., S. 281.

996 Ebd., S. 281.

kommt der Wunsch nach einem beherzten Durchgreifen gegenüber Täterpersonen und nach einer ausgleichenden Gerechtigkeit zum Ausdruck. Dort rief die Kommission die zuständigen Politiker:innen dazu auf, „zu prüfen, inwiefern gesetzgeberische und exekutive Maßnahmen, gerade auch im Bereich der Strafverfolgung, den Prozeß des Zusammenwachsens und der Versöhnung fördern helfen könnten“.<sup>997</sup> An dieser Stelle deutet sich eine gewisse Unzufriedenheit mit den damaligen Strafverfolgungen an. In diesem Kontext ist zu beachten, dass es mit Blick auf den Gewaltenteilungsgrundsatz als grundsätzlich bedenklich erscheint, wenn sich Kommissionsmitglieder als Vertreter:innen der Legislative zu Gerichtsurteilen äußern.<sup>998</sup> Im Ergebnis kumulierten die Beiträge zur Gerechtigkeit in einer Forderung nach Lustrationen. Die Kommission entwickelte zwar erste Bewertungsmaßstäbe, anhand derer Verantwortlichkeiten bestimmt werden könnten (s.o.) – diese sind allerdings sehr allgemein gehalten. Ansätze zur wiederherstellenden Gerechtigkeit, die Wahrheitskommissionen üblicherweise in ihren Fokus rücken, finden sich in der Arbeitsweise der Kommission und auch in ihrem Abschlussbericht nicht wieder.

Ebenfalls setzte sich die Kommission zum Ziel, einen Beitrag zur Versöhnung zu leisten. Sie ließ dabei offen, ob sich Versöhnung primär auf Opfer und Täterpersonen oder auch auf Einwohner:innen der neuen und alten Bundesländer beziehen sollte.<sup>999</sup> In dieser Frage fand keine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Versöhnungsbegriff und dem diesbezüglichen Handlungsspielraum der Kommission statt.<sup>1000</sup> Die Zusammensetzung der Kommission, in deren Rahmen sowohl Opfer als auch Täterpersonen repräsentiert wurden (s.o.), barg in gewisser Weise ein versöhnendes Potenzial. Während die Opfer des SED-Regimes am ehesten von den ostdeutschen, ehemals oppositionellen, Kommissionsmitgliedern repräsentiert wurden, stand die PDS/Linke Liste als Nachfolgepartei der SED in gewisser Weise für die Täterpersonenseite. Die Mitwirkung der PDS/Linke Liste eröffnete vor diesem Hintergrund die Chance dazu, dass sich auch Täterpersonen mit der Kommission verbunden und dadurch eher kooperationsbereit zeigen würden. Zudem entstand die Möglichkeit, im Wege einer Integration der PDS/Linke Liste auf politischer Ebene einen Beitrag

---

997 Ebd., S. 281.

998 *Kreicker et al.*, in: Eser/Arnold, *Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht*, Band 2, 2000, S. 532; siehe dazu ausführlich *Arnold*, in: Institut für Kriminalwissenschaften Frankfurt a. M., *Vom unmöglichen Zustand des Strafrechts*, 1995, S. 283 (283-312).

999 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 47.

1000 Ebd., S. 49.

zur Versöhnung zu leisten und dabei eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft wahrzunehmen. Im Ergebnis bewahrheitete sich jedoch keine dieser beiden denkbaren Varianten. Die Kommissionsmehrheit unternahm keinen Versuch, die PDS/Linke Liste in Diskussionen über die Vergangenheit ernsthaft zu integrieren.<sup>1001</sup> Im Ergebnis bewirkte ihre Beteiligung somit keine gesellschaftliche Kraft der Versöhnung.<sup>1002</sup> Eine Versöhnung auf der Makroebene kam auch nicht auf andere Weise zustande. Insbesondere wurde im Rahmen der Kommissionstätigkeit, bspw. in den öffentlichen Anhörungen, keine versöhnende Rhetorik benutzt und kein Versöhnungsnarrativ kreiert. Die Anhörungen dienten in der Tätigkeit der Kommission in erster Linie als eine von mehreren Informationsquellen.<sup>1003</sup>

Die Kommission konnte auch keinen Beitrag dazu leisten, dass Versöhnungsprozesse auf individueller Ebene zwischen einzelnen Opfern und Täterpersonen stattfanden.<sup>1004</sup> Zunächst schuf die Kommission keinen Raum für eine Begegnung zwischen Opfern und Täterpersonen. Im Rahmen der Anhörungen trafen sie fast nie aufeinander. Von der Kommission ungeplant fand lediglich eine Begegnung zwischen einer Täterperson und einem Opfer statt.<sup>1005</sup> Auch die Einladung ehemaliger Vertreter:innen des Regimes verfolgte keinen Versöhnungszweck, sondern zielte darauf ab, Einblicke in Regimestrukturen zu erlangen.<sup>1006</sup> In ihrem Abschlussbericht konstatierte die Kommissionsmehrheit, dass die Maxime „Keine Aussöhnung ohne Wahrheit“<sup>1007</sup> in der Kommissionstätigkeit bedeutender geworden sei.<sup>1008</sup> Die Opfer würden zunächst ein Recht auf Wahrheit haben und danach könne auch die Versöhnung thematisiert werden.<sup>1009</sup> Die Kommission implizierte dadurch, dass der Zeitpunkt der Versöhnung schlichtweg noch nicht gekommen sei. Einen bescheidenen Genugtuungseffekt dürften Teile des Abschlussberichts für manche Opfer möglicherweise hervorgerufen haben. Dort widmete die Kommission Widerständler:innen und Oppositionellen<sup>1010</sup> sowie den Opfern<sup>1011</sup> eigene Kapitel. Die Kommission

---

1001 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 74, 75.

1002 So auch *Wüstenberg*, *Aufarbeitung oder Versöhnung*, 2008, S. 99.

1003 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 69.

1004 Ebd., S. 61.

1005 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 74.

1006 Ebd., S. 74.

1007 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 281.

1008 Ebd., S. 281.

1009 Ebd., S. 281.

1010 Ebd., S. 189-213.

1011 Ebd., S. 229-249.



entwickelte dort bestimmte Opferkategorien (s.o.).<sup>1012</sup> Allerdings hielt die Kommission die Kategorien sehr schematisch und stellte die individuellen Menschen dabei nicht in den Fokus.<sup>1013</sup> Zudem beschränkte sie die Kategorien überwiegend auf die Formen von Unterdrückung und Verfolgung.<sup>1014</sup> Auch hier ging es der Kommission weniger um individuelle Geschichten als um das Aufzeigen von Strukturen. Auf gesetzgeberische Maßnahmen, die den Opfern materiell oder immateriell hätten helfen können, übte die Kommission nur wenig erkennbaren Einfluss aus.<sup>1015</sup> Von individuellen Anstrengungen einzelner Kommissionsmitglieder abgesehen, konnte die Kommission als Ganze keinen wesentlichen Beitrag zur Wiedergutmachungsgesetzgebung für die Opfer leisten.<sup>1016</sup>

Eine Annäherung entfremdeter Menschen aus den alten und aus den neuen Bundesländern nahm zwar in den internen Beratungen der Kommission einen gehobenen Stellenwert ein, ging darüber aber nicht hinaus.<sup>1017</sup> Dazu trug die Tatsache bei, dass schon die Bevölkerungsmehrheit der DDR, die sich selbst nicht als Opfer identifizierte, in der Kommissions-tätigkeit keinen bedeutenden Platz einnahm. Wenngleich die Kommission zu der Alltagsthematik zwei öffentliche Anhörungen veranstaltete (s.o.), unternahm sie nur in sehr geringem Umfang den Versuch, den Alltag in der DDR in ihrem Abschlussbericht zu porträtieren. Lediglich am Rande ließ sie im Rahmen des Themenfelds „Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR“<sup>1018</sup> Rückschlüsse auf das alltägliche Leben in der DDR zu. An mancher Stelle des Abschlussberichts tritt gar eine gewisse Überheblichkeit gegenüber ehemaligen DDR-Bürger:innen zutage.<sup>1019</sup> Die durchschnittlichen DDR-Bürger:innen konnte die Kommission insgesamt

---

1012 Ebd., S. 229, 230.

1013 So auch *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 76.

1014 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 76.

1015 Ebd., S. 62.

1016 Ebd., S. 65.

1017 Ebd., S. 49.

1018 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 43 (siehe zum gesamten Thema S. 43-85).

1019 Unter *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 102 heißt es bspw.: „Das neue Recht ist das eines komplex organisierten modernen Rechtsstaates. Es ist für eine Bevölkerung schwer durchschaubar, die nicht an gesetzlich präzi-sierte Rechtsansprüche, sondern an ein unscharf umschriebenes Eingabewesen gewöhnt war.“

nicht in ihre Tätigkeit integrieren.<sup>1020</sup> Bisweilen setzte die Kommission auch alle Bürger:innen der DDR mit den Opfern gleich.<sup>1021</sup>

Im Ergebnis stand die analytische Erarbeitung von Beiträgen zu dem SED-Regime im Fokus der Kommission und verdrängte eine kritische Reflexion darüber, was unter Versöhnung verstanden werden kann und welchen Beitrag die Kommission selbst dazu leisten könnte.<sup>1022</sup> Die Kommission priorisierte weder die Versöhnung zwischen Opfern und Täterpersonen noch diejenige zwischen Menschen der alten und neuen Bundesländer. Dies ist ein besonders gravierender Punkt gemessen daran, dass die Förderung der Versöhnung als zentrale Zielsetzung der Kommission in ihrem Mandat verankert wurde.<sup>1023</sup> Durch die Handhabung dieser Zielsetzung entsteht insgesamt der Eindruck, dass die Kommission ihr Mandat nicht als verbindlich betrachtete. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Kommissionsmitglieder selbst ihr eigenes Mandat formulierten.

Die Kommission sollte auch einen Beitrag zur Nationenbildung leisten. Sie versuchte, die Überwindung der Entfremdung zwischen Menschen der neuen und Menschen der alten Bundesländer im Wege der Vermittlung eines vereinenden historischen Narrativs zu fördern.<sup>1024</sup> Dabei traf die Kommission auf gewaltige Herausforderungen. Wie die Bevölkerung der alten Bundesrepublik Deutschland hatten auch große Teile der DDR-Bevölkerung eine Identität in Abgrenzung zu dem anderen deutschen Staat gebildet. Mehrere Jahrzehnte lang waren Feindbilder aufgebaut und manifestiert worden, die nicht von heute auf morgen überwunden werden konnten. Der ständige ideologische Wettkampf war einer der Gründe dafür, dass sich beide deutsche Staaten kulturell weit auseinanderentwickelt hatten.<sup>1025</sup> Außerdem hatten einige ehemalige DDR-Bürger:innen nach der Wiedervereinigung persönliche negative Erfahrungen gemacht, wie bspw. den Arbeitsplatz verloren, und standen der Vereinigung dadurch

---

1020 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 61.

1021 Ebd., S. 83.

1022 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 49, 83.

1023 Ähnlich *Yoder*, *Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany*, *German Politics* 8 (1999), S. 59 (72, 77); siehe auch *Meznik*, *Vom ‚legitimen Versuch‘ zum ‚verbrecherischen Experiment‘*, 2013, S. 249, 250.

1024 In diese Richtung *Wilke*, *Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages*, *Deutschland Archiv* 30 (1997), S. 607 (607).

1025 *Yoder*, *Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany*, *German Politics* 8 (1999), S. 59 (62).

zunehmend kritisch gegenüber. Die Verantwortung für Herausforderungen im Vereinigungsprozess lag aus ihrer Perspektive zunehmend immer weniger bei dem alten System und mehr bei Verursacher:innen aus der (alten) Bundesrepublik Deutschland.<sup>1026</sup>

Zunächst hatte in der Zusammensetzung der Kommission viel Potenzial gelegen, um das Ziel zu erreichen, einen Beitrag zur Nationenbildung zu leisten. Die Zusammensetzung aus West- und Ostdeutschen schuf die Möglichkeit, die Perspektiven aus der damaligen Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu einem gemeinsamen Blick auf die Geschichte zu vereinen.<sup>1027</sup> Zudem eröffnete sie die Chance, im Wege einer friedlichen und produktiven Kooperation eine Vorbildrolle für die Bevölkerung einzunehmen. Die politische Zusammensetzung stellte mit Blick auf die Förderung der Nationenbildung und die Stärkung des demokratischen Selbstbewusstseins ebenfalls eine Erfolgsaussicht dar. Durch das Betreuen der Aufarbeitung durch Politiker:innen bestand die Chance, das Vertrauen in das neue politische System zu stärken. In der Umsetzung waren tatsächlich Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Kommissionsmitgliedern, im Gegensatz zu den parteipolitischen Auseinandersetzungen, nicht auffällig.<sup>1028</sup> Dass sie trotzdem wenig Kraft als Vorbilder generieren konnten, lässt sich mit einem Blick auf die biografischen Hintergründe der Kommissionsmitglieder erklären. Die ostdeutschen Kommissionsmitglieder stammten, wie der Kommissionsvorsitzende Eppelmann, aus dem Dissident:innenmilieu der DDR und repräsentierten dadurch lediglich eine kleine Nische der DDR-Gesellschaft.<sup>1029</sup> Insgesamt betrachtet ist von der Zusammensetzung der Kommission somit keine vereinende Wirkung ausgegangen.

Als zentrales Mittel zur Nationenbildung kann insbesondere das von der Kommission propagierte große Narrativ gelten, das im Ergebnis darauf abzielte, einen antitotalitären Konsens in der gesamtdeutschen Gesellschaft zu verankern. Die Kommission musste dabei in gewisser Weise zwei Sichtweisen auf die DDR miteinander vereinen, die die Kulturwissenschaftlerin Carola S. Rudnick als „antikommunistische, anti-antifaschistische, totalitarismustheoretische Deutungen durch die CDU/CSU und posttotalitäre, liberale, kommunismuskritische bis hin zu anti-anti-

---

1026 *Meznik*, Vom ‚legitimen Versuch‘ zum ‚verbrecherischen Experiment‘, 2013, S. 91.

1027 *EK*, Abschlussbericht, BT-Drs. 12/7820, 1994, S. 10.

1028 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 228.

1029 *Yoder*, *Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany*, *German Politics* 8 (1999), S. 59 (73).

kommunistische Interpretationen der DDR insbesondere durch die SPD und die PDS<sup>1030</sup> bezeichnet. Eine Vereinigung der beiden Positionen gelang ihr im Ergebnis nicht, was sich unter anderem im Fehlen eines gemeinsamen Abschlusskapitels im Kommissionsbericht offenbarte. Gerade ein solches Kapitel hätte Opfer und Täterpersonen sowie Menschen aus Ost und West zumindest im Ansatz einander näherbringen können. Stattdessen entwickelten die Kommissionsmitglieder mehrere Fassungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, die der Bevölkerung wenig Orientierung boten. Die Haupterzählung der Kommissionsmehrheit wurde am stärksten von dem Kommissionsmitglied Keller bzw. der hinter ihm stehenden Gruppe PDS/Linke Liste zurückgewiesen. Auch Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung sahen sich durch das Narrativ vor den Kopf gestoßen. In den Augen einiger ehemaliger DDR-Bürger:innen versuchte die Kommission, die DDR und ihre ehemaligen Bürger:innen in ein schlechtes Licht zu rücken.<sup>1031</sup> Dass die Kommission beabsichtigte, die ehemalige DDR-Bevölkerung pauschal zu verurteilen, kann mitnichten behauptet werden. Sie beharrte stattdessen regelmäßig darauf, dass mit der Verurteilung des Regimes keine Verurteilung der Bevölkerung einhergehe – eine Angabe, die von der Bevölkerung allerdings nicht immer so angenommen werden konnte.<sup>1032</sup> Dies war zu einem Teil darauf zurückzuführen, dass der Großteil der ehemaligen DDR-Bevölkerung nicht in den Prozess der Kommission integriert war. Insbesondere im Vergleich zu den strafrechtlichen Verfolgungen ehemaliger Regimevertreter:innen und den anhaltenden Skandalen, die durch die Aktenöffnungen ausgelöst wurden, konnte die Kommission lediglich eine sehr geringe öffentliche Wirkung erzielen.<sup>1033</sup> Sowohl eine aktive Partizipation als auch eine passive Verfolgung der Kommissionstätigkeit durch die Bevölkerungsmehrheit fehlten.<sup>1034</sup> Dass die Kommission die Gesellschaft nicht sehr stark in die Wahrheitssuche integrierte, lag zu einem Teil an ihrem Wesen als Enquete-Kommission.<sup>1035</sup> Diese institutionelle Form ist prinzipiell stark an das

---

1030 Rudnick, Die andere Hälfte der Erinnerung, 2011, S. 57, 58.

1031 Yoder, Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany, German Politics 8 (1999), S. 59 (75).

1032 Beattie, Playing Politics with History, 2008, S. 234.

1033 Ebd., S. 234.

1034 Yoder, Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany, German Politics 8 (1999), S. 59 (72).

1035 In diese Richtung auch Yoder, Truth without reconciliation: An appraisal of the enquete commission on the SED dictatorship in Germany, German Politics 8 (1999), S. 59 (75).

Parlament angebunden und nicht auf eine signifikante Mitwirkung der Öffentlichkeit ausgerichtet. Trotzdem stand der Kommission ein größerer Spielraum zu Verfügung, den sie im Ergebnis nicht ausreizte.

Wie bereits skizziert, bestand zu Beginn der Kommissionstätigkeit bereits ein mental geteiltes Deutschland. Die Kommission verursachte diese Spaltung zwischen Ost und West zwar nicht, aber sie konnte ihr auch nichts entgegensetzen und verschärfte sie eventuell sogar weiter.<sup>1036</sup> Vor diesem Hintergrund liegen wenige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Kommission es leisten konnte, ein gemeinsames nationales Narrativ zu fördern oder auch nur einen breiten öffentlichen Diskurs in der Gesellschaft über die Bildung einer neuen nationalen Identität zu initiieren. Somit konnte die Kommission keinen substantziellen Beitrag zur Förderung der Nationenbildung als eine ihrer Zielsetzungen leisten.

Der Umgang der Kommission mit ihren Zielsetzungen erscheint insgesamt weniger ambitioniert als ihr Umgang mit ihrer zentralen Aufgabe. Welche konkreten Ziele die Kommission auf welche Weise erreichen sollte, wurde von Beginn an nicht eindeutig kommuniziert. Die Widersprüche wurden auch bei der Ausarbeitung des Mandats nicht aufgelöst.<sup>1037</sup> Insbesondere blieben Konkretisierungen hinsichtlich der Zielbestimmungen der Kommission aus und es wurde nicht festgelegt, auf welchem Wege die Kommission ihre Ziele erreichen könnte.<sup>1038</sup> In dem Mandat gelangte zudem nicht deutlich genug die Verbindung zwischen der Aufgabenstellung und den Zielsetzungen zum Ausdruck.<sup>1039</sup> Schließlich waren die Zielsetzungen bereits im Mandat nicht alle eindeutig als solche bezeichnet, sodass diesbezüglich von Anfang an Unsicherheiten auftraten (s.o.).

---

1036 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 233-235, 61.

1037 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 64.

1038 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 49, 64; siehe auch *Krüger*, in: Buckley-Zistel/Kater, *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, 2011, S. 131 (145-146).

1039 Ähnlich *Beattie*, *An Evolutionary Process: Contributions of the Bundestag Inquiries into East Germany to an Understanding of the Role of Truth Commissions*, *The International Journal of Transitional Justice* 3 (2009), S. 229 (248).

#### 4. Nachwirkungen

Am 16. Juni 1994 reichte die Enquete-Kommission einen interfraktionellen Entschließungsantrag<sup>1040</sup> zu ihrem Abschlussbericht beim Bundestag ein, in dem sie ihre wichtigsten Ergebnisse präsentierte.<sup>1041</sup> Über den Entschließungsantrag fand am Tag der offiziellen Übergabe des Abschlussberichts, dem geschichtsträchtigen 17. Juni, eine Debatte statt. In dieser Debatte wurden die bereits bekannten Differenzen zwischen der PDS/Linke Liste, die sich nicht an dem Entschließungsantrag beteiligt hatte, und den übrigen Fraktionen und Gruppen deutlich. Eine Abgeordnete der PDS/Linke Liste bedauerte, dass in der Rede von dem Abgeordneten Eppelmann nichts zur Versöhnung gesagt worden sei und postulierte mit Blick auf den Abgeordneten Keller, dass lediglich in ihrer eigenen politischen Gruppe eine Bereitschaft zur Versöhnung vorhanden sei.<sup>1042</sup> Sie rekurrierte zudem auf den Gedenktag des Soweto-Aufstands in Südafrika und bewunderte die Versöhnungsbereitschaft einer Angehörigen.<sup>1043</sup> Eine Versöhnungsbereitschaft war tatsächlich bei dem Abgeordneten Keller zu erkennen. Dieser schloss sich ausdrücklich dem antitotalitären Konsens an, wies jedoch zugleich die Charakterisierung der DDR als Unrechtsregime zurück, obwohl er die Beschreibung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen wiederum anerkannte.<sup>1044</sup> Zudem entschuldigte er sich in seinem Redebeitrag bei den Opfern des SED-Regimes.<sup>1045</sup> Obgleich dies wahrscheinlich auf seine persönliche Reflektionsfähigkeit und sein individuelles Bemühen zurückzuführen war, wurde es als ein wichtiges Ergebnis der Kommissionstätigkeit verstanden.<sup>1046</sup> Am Ende der Debatte nahm der

---

1040 *Koschyk et al.*, Entschließungsantrag, BT-Drs. 12/7983, 1994.

1041 *Enquete-Online*, Ergebnisse, abrufbar unter <<https://enquete-online.de/ergebnisse/>> abgerufen am 26.07.2021.

1042 *BT*, Debatte des BT am 17. Juni 1994, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 790 (864); siehe dazu auch *Schraten*, *Die kollektive Erinnerung von Staatsverbrechen*, 2007, S. 82, 83.

1043 *BT*, Debatte des BT am 17. Juni 1994, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 790 (864-865).

1044 *Schraten*, *Die kollektive Erinnerung von Staatsverbrechen*, 2007, S. 64, 65.

1045 *BT*, Debatte des BT am 17. Juni 1994, in: *BT, Materialien*, 12. WP, Band I, 1995, S. 790 (813).

1046 *Beattie*, *Playing Politics with History*, 2008, S. 74; siehe dazu auch *Wüstenberg*, *Die politische Dimension der Versöhnung*, 2004, S. 344.

Deutscher Bundestag den Entschließungsantrag mit großer Mehrheit an. Die PDS/Linke Liste stimmte gegen die Entschließung.<sup>1047</sup>

Über den Abschlussbericht der Kommission hinaus publizierte der Deutsche Bundestag eine 15 000 Seiten umfassende Textsammlung, bestehend aus Anhörungsprotokollen und wissenschaftlichen Gutachten, die der Öffentlichkeit im Jahre 1995 in Form einer aus 18 Bänden bestehenden Sammlung präsentiert wurde.<sup>1048</sup> Zwar setzte sich die Enquete-Kommission ebenfalls mit der Unrechtsbereinigungsgesetzgebung und weiteren aktuellen politischen Maßnahmen der SED-Aufarbeitung auseinander, doch übernahm sie dabei keine führende Rolle – so ist keine der damaligen politischen Maßnahmen alleine auf die Tätigkeit der ersten Kommission zurückzuführen.<sup>1049</sup> Dieser Umstand motivierte die Einsetzung einer Nachfolgekommission, die fundierte politische Empfehlungen entwickeln sollte.<sup>1050</sup>

Die Nachfolgekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ knüpfte an die Tätigkeit der ersten deutschen Wahrheitskommission an. Sie wird jedoch im Allgemeinen als weniger bedeutend eingeschätzt als ihre Vorgängerin.<sup>1051</sup> Wie die erste Enquete-Kommission war ihre Nachfolgerin eine Enquete-Kommission auf Bundesebene, die auf Grundlage von § 56 GO-BT tätig wurde. Der genaue Auftrag dieser Kommission ergab sich aus einem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P., den der Bundestag am 22. Juni 1995 annahm.<sup>1052</sup> Die große Mehrheit der SPD enthielt sich bei der Abstimmung, einzelne Abgeordnete der PDS/Linke Liste stimmten dagegen.<sup>1053</sup> Nach dem Antrag sollte die Kommission „die äußeren und inneren Folgen und Nachwirkungen der SED-Diktatur und die daraus erwachsenden Probleme für den Prozeß der inneren Einigung“<sup>1054</sup> in den Blick nehmen, und wie die erste Kommission Beiträge zu verschiedenen

---

1047 *Wilke*, Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages, Deutschland Archiv 30 (1997), S. 607 (611).

1048 *Eppelmann*, in: Eppelmann/Faulenbach/Mähler, Bilanz und Perspektiven, 2003, S. 401 (402).

1049 *Altenhof*, Die Enquete-Kommissionen, 2002, S. 315.

1050 In diese Richtung *Meckel*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung, 1999, S. 120 (127).

1051 *Beattie*, Playing Politics with History, 2008, S. 63.

1052 *BT*, Debatte des BT am 22. Juni 1995, in: BT, Materialien, 13. WP, Band I, 2000, S. 24 (52-53).

1053 *Ebd.*, S. 24 (53).

1054 *Schäuble et al.*, Antrag Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P., in: BT, Materialien, 13. WP, Band I, 2000, S. 4 (6).



Themenfeldern erarbeiten.<sup>1055</sup> Darüber hinaus sollte die Kommission insbesondere überprüfen, ob eine Stiftung zur Aufarbeitung der Vergangenheit geschaffen werden könne,<sup>1056</sup> und Entwürfe für eine Gedenkstättenkonzeption erarbeiten, um „an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer“<sup>1057</sup> zu erinnern. Die Anforderungen zu der Arbeitsweise deckten sich weitgehend mit denjenigen, die an die erste Enquete-Kommission gestellt wurden. In diesem Zusammenhang sollte hervorgehoben werden, dass ein internationaler Austausch für die Mitglieder der Nachfolgekommission sehr wichtig war.<sup>1058</sup> Eine geplante Zusammenkunft mit der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, die für den Juni 1998 vorgesehen war, scheiterte an der hohen Arbeitsbelastung der südafrikanischen Kommissionsmitglieder.<sup>1059</sup> Der Nachfolgekommission wurden dieselben Ziele wie der ersten Enquete-Kommission übertragen. So sollte sie Nationenbildung, Versöhnung und Gerechtigkeit fördern.<sup>1060</sup>

Am 30. Juni 1995 setzte sich die Nachfolgekommission zusammen.<sup>1061</sup> Einige ihrer Mitglieder hatten bereits in der ersten Kommission mitgewirkt, wie bspw. Eppelmann, der erneut den Kommissionsvorsitz übernahm.<sup>1062</sup> Eine wichtige Änderung ergab sich jedoch mit Blick auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der PDS/Linke Liste. Die Gruppe konnte sich jetzt nur noch durch ein nicht stimmberechtigtes Mitglied und einen nicht stimmberechtigten Sachverständigen an der Kommissionstätigkeit beteiligen.<sup>1063</sup> Bereits im November 1997 legte die Kommission dem 13. Deutschen Bundestag einen Zwischenbericht vor,<sup>1064</sup> in dem sie die Errichtung einer Stiftung „zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der

---

1055 Ebd., S. 4 (5-8).

1056 Ebd., S. 4 (5).

1057 Ebd., S. 4 (6).

1058 NK, Abschlussbericht, BT-Drs. 13/11000, 1998, S. 15, 16.

1059 Ebd., S. 16.

1060 Schäuble et al., Antrag Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P., in: BT, Materialien, 13. WP, Band I, 2000, S. 4 (6-7).

1061 NK, Abschlussbericht, BT-Drs. 13/11000, 1998, S. 12; die Kommission beriet abschließend am 3. Juni 1998 über ihren Abschlussbericht, siehe NK, Abschlussbericht, BT-Drs. 13/11000, 1998, S. 16.

1062 NK, Abschlussbericht, BT-Drs. 13/11000, 1998, S. 12, 13.

1063 Schäuble et al., Antrag Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P., in: BT, Materialien, 13. WP, Band I, 2000, S. 4; siehe zum erfolglosen Änderungsantrag der PDS Gysi et al., Änderungsantrag der Gruppe der PDS, in: BT, Materialien, 13. WP, Band I, 2000, S. 22.

1064 *Enquete-Online*, Themen 1995-1998, abrufbar unter <<https://enquete-online.de/themen-1995-1998-2/>> abgerufen am 26.07.2021.



SED-Diktatur in Deutschland“<sup>1065</sup> anregte. Die in dem Zwischenbericht niedergelegten Empfehlungen mündeten in einem gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Errichtung einer Stiftung, den der Bundestag in veränderter Fassung am 2. April 1998 annahm.<sup>1066</sup> Die sog. Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde noch im selben Jahr gegründet. Bis heute setzt sich die Stiftung dafür ein, die Aufarbeitung der SBZ und DDR zu fördern und unterstützt den Einigungsprozess.<sup>1067</sup>

Im Gegensatz zu der Stiftungsgründung fand die Gedenkstättenkonzeption der Nachfolgekommission, die die Kommission in ihrem Abschlussbericht unter dem Titel „Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer“<sup>1068</sup> verankerte, einen kontroversen Anklang. Die Konzeption besteht aus Empfehlungen der Kommission, die sich einerseits auf den allgemeinen Umgang mit Gedenkstätten beziehen und andererseits auf den Umgang mit konkreten Gedenktagen sowie Gedenkstätten. Die Nachfolgekommission plädierte in Bezug auf konkrete Gedenkstätten der neuen Bundesländer für eine dauerhafte finanzielle Unterstützung durch den Bund, sofern eine Gedenkstätte besondere Anforderungen erfüllte.<sup>1069</sup> Sie entwickelte in diesem Zusammenhang einen eigenen Kriterienkatalog und setzte sich dabei insbesondere für die Förderung von Gedenkstätten mit gesamtstaatlicher Bedeutung ein.<sup>1070</sup> Innerhalb der Kommission taten sich mit Blick auf die Konzeption dieses Vorhabens zwei elementare Problemfelder auf. Eine Kontroverse bildete die besondere Behandlung des kommunistischen Widerstands durch die Kommissionsmehrheit, die sich dafür einsetzte, den kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus differenziert zu betrachten.<sup>1071</sup> Die Kommissionsmehrheit postulierte, es müsse insbesondere derjenigen Kommunist:innen gedacht werden, „die mit der eigenen Bewegung brachen, die in beiden Diktaturen Widerstand leisteten und das sehr oft mit ihrem Leben oder erneuter Verfolgung bezahlen mußten“.<sup>1072</sup> Die Mitglieder der Fraktion der SPD sowie vier sachverständige Kommissions-

---

1065 NK, Zwischenbericht, in: BT, Materialien, 13. WP, Band I, 2000, S. 60.

1066 NK, Abschlussbericht, BT-Drs. 13/11000, 1998, S. 16.

1067 *Bundesstiftung Aufarbeitung*, Stiftungsauftrag, abrufbar unter <<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/stiftungsauftrag>> abgerufen am 26.07.2021.

1068 NK, Abschlussbericht, BT-Drs. 13/11000, 1998, S. 226.

1069 Ebd., S. 250.

1070 Ebd., S. 250.

1071 Ebd., S. 232.

1072 Ebd., S. 232.

mitglieder fühlten sich genötigt, in einem Sondervotum<sup>1073</sup> hervorzuheben, dass es eine Selbstverständlichkeit sei, auch den kommunistischen Widerständler:innen in den Gedenkstätten einen Platz einzuräumen.<sup>1074</sup> Dem entgegnete die Kommissionsmehrheit wiederum, es müsse berücksichtigt werden, „inwieweit sich kommunistische Widerständler ansonsten als stalinistische Erfüllungsgehilfen der sowjetischen Fremdherrschaft betätigten“.<sup>1075</sup> An einer anderen Stelle bestärkte die Kommissionsmehrheit, dass eine Aufgabe der Gedenkstätten „die Überwindung kommunistischer Geschichtsbilder“<sup>1076</sup> bilde.

Das zweite Problemfeld, das sich in diesem Zusammenhang auftat, war bereits in der Tätigkeit der Enquete-Kommission angeklungen. Von Mocek, nun Sachverständiger der Kommission, sowie Abgeordnete der PDS/Linke Liste kritisierten, dass die Kommissionsmehrheit den Nationalsozialismus und die DDR gleichsetze.<sup>1077</sup> Zwar weise die Kommission auf Unterschiede hin, doch dominiere die Betrachtung der Systeme als der beiden Diktaturen.<sup>1078</sup> Nicht nur Angehörige und Sympathisant:innen der PDS/Linke Liste störten sich an dem Vergleich zwischen DDR und Nationalsozialismus. Sowohl das Internationale Auschwitz Komitee als auch der Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVVdN) befürchteten eine Bagatellisierung der NS-Verbrechen.<sup>1079</sup> Jüdische Interessensvertretungen verlangten zudem eine differenzierte Anschauung der beiden Systeme und sahen in der Gleichsetzung der Opfergruppen eine Abwertung der nationalsozialistischen Verbrechen.<sup>1080</sup>

Im Hinblick auf die Erfüllung der Zielsetzungen zeigten sich zwischen der Enquete-Kommission und der Nachfolgekommission Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Einen Beitrag zur Nationenbildung versuchte die Kommission wie ihre Vorgängerin durch die Förderung eines antitotalitären Konsenses zu erreichen. Dies drückte sich insbesondere in der Gedenkstättenkonzeption der Kommission aus. Mit Blick auf die Zielsetzung der Förderung der Gerechtigkeit propagierte die Kommission eine klare Abweisung „ehemals privilegierter Systemträger, [die sich] wegen heutiger

---

1073 Ebd., S. 233, 234.

1074 Ebd., S. 234.

1075 Ebd., S. 234.

1076 Ebd., S. 244.

1077 Ebd., S. 246.

1078 Ebd., S. 246.

1079 *Rudnick*, Die andere Hälfte der Erinnerung, 2011, S. 67.

1080 Ebd., S. 67, 68.

Nachteile ebenfalls als Opfer<sup>1081</sup> aufspielten. In Bezug auf die Förderung von Versöhnung beschritt die Nachfolgekommission neue Wege. Stärker als ihre Vorgängerin fokussierte sie sich auf die ehemaligen DDR-Bürger:innen. Dies kam insbesondere dadurch deutlich zum Ausdruck, dass sich die Kommission intensiver als ihre Vorgängerin mit dem „Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern“<sup>1082</sup> beschäftigte und dieser Thematik ein eigenes Kapitel in ihrem Abschlussbericht widmete. Damit wurden Menschen in den Fokus der Kommissionstätigkeit gerückt, die weder der Opfer- noch der Täterpersonenkatgorie zugeordnet werden konnten. Die Kommission führte auch Anhörungen zu dem Thema wie bspw. eine öffentliche Anhörung durch, die unter dem Titel „Alltag in der DDR zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Erfahrungen und Bewältigungsstrategien in der Mangelgesellschaft“<sup>1083</sup> stattfand. In Abgrenzung zu der Enquete-Kommission konnte die Nachfolgekommission zudem einen geringen Einfluss auf gesetzgeberische Maßnahmen entwickeln. In Zusammenhang mit dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wies die Kommission ausdrücklich darauf hin, dass der Deutsche Bundestag 1997 auf ihre Anregung hin eine Passage in das Gesetz einfügte, die es Opfern ohne bisherige Rehabilitierungsansprüche ermöglichte, die „Rechtsstaatswidrigkeit von gegen sie angewendeten Maßnahmen“<sup>1084</sup> staatlich feststellen zu lassen.<sup>1085</sup> In diesem Zusammenhang hob die Kommission hervor, dass auch die Antragsfristen in den Rehabilitierungsgesetzen auf ihre Anregung hin verlängert worden seien.<sup>1086</sup>

Die Enquete-Kommission sollte Beiträge zur Gerechtigkeit, Nationenbildung und Versöhnung leisten. Während die Rufe nach Lustrationen und der Feststellung von Verantwortlichkeiten heute zumeist verhallt sind und sich Nachwirkungen in Bezug auf die Förderung von Versöhnung schon nicht feststellen lassen, da die Enquete-Kommission sich um Versöhnung nicht tatkräftig bemühte, gibt es Indizien zu dem Stand der Nationenbildung. Bereits während ihrer Kommissionstätigkeit war deutlich geworden, dass das große nationale Narrativ, das die Enquete-Kommission in der Gesellschaft versuchte zu verankern, nicht von allen Bevölkerungsgruppen

---

1081 NK, Abschlussbericht, BT-Drs.13/11000, 1998, S. 27.

1082 Ebd., S. 194.

1083 NK, Öff. Anh. zu dem DDR-Alltag, in: BT, Materialien, 13. WP, Band V, 2000, S. 6.

1084 NK, Abschlussbericht, BT-Drs.13/11000, 1998, S. 22.

1085 Ebd., S. 22, 25.

1086 Ebd., S. 25.

bereitwillig angenommen wurde. Auch heute ist erkennbar, dass die Vergangenheitsinterpretation die Menschen der neuen und alten Bundesländer noch immer spaltet, wie an den Ergebnissen mehrerer Umfragen abgelesen werden kann. In einer Umfrage von 2008 wurden Schüler:innen aus den neuen und alten Bundesländern gefragt, ob der DDR-Alltag „für viele durch Diktatur und Überwachung geprägt [gewesen sei]“.<sup>1087</sup> Während 76,8 % der befragten westdeutschen Schüler:innen dies bejahten, war bei den ostdeutschen Schüler:innen nur ein Anteil von 51,7 % mit der Aussage einverstanden.<sup>1088</sup> Es liegt daher nahe, dass sich die unterschiedlichen Ansichten über das Leben in der DDR auf die jüngere Generation übertragen haben. In einer Umfrage von 2009 wurden Menschen aus den neuen und alten Bundesländern gefragt, wie sie rückblickend das Leben in der DDR beurteilen.<sup>1089</sup> Während 78 % der befragten Westdeutschen äußerten, dass die DDR mehr schlechte als gute Seiten gehabt habe oder sogar überwiegend schlechte Seiten, ergab die Befragung der Ostdeutschen ein anderes Bild. Mit 57 % gab die Mehrheit der befragten Ostdeutschen an, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten gehabt habe oder sogar überwiegend gute Seiten. In einer Umfrage von 2014 schließlich wurden Menschen aus den neuen und alten Bundesländern danach befragt, ob die DDR ihrer Auffassung nach ein Unrechtsstaat gewesen sei.<sup>1090</sup> Während diese Frage 72 % aller befragten Westdeutschen bejahten, waren nur 30 % der befragten Ostdeutschen dieser Meinung. 57 % der befragten Ostdeutschen vertraten demgegenüber die Ansicht, dass es sich bei der DDR nicht um einen Unrechtsstaat gehandelt habe. Die Umfragen lassen darauf schließen, dass noch immer kein nationaler gesellschaftlicher Konsens in Bezug auf die historische Einordnung des SED-Regimes besteht und stattdessen zwei miteinander konkurrierende und sich gegenseitig ausschließende Narrative den Diskurs über die ostdeutsche Vergangenheit bestimmen.

---

1087 *Statista*, Umfrage zu Diktatur und Überwachung im Alltag der DDR 2008, abrufbar unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1332/umfrage/praegung-des-ddr-alltags-durch-diktatur-und-ueberwachung/>> abgerufen am 26.07.2021.

1088 Ebd.

1089 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen *Statista*, Umfrage zur Beurteilung des Lebens in der DDR 2009, abrufbar unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/13027/umfrage/beurteilung-des-lebens-in-der-ddr/>> abgerufen am 26.07.2021.

1090 Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen zu den Umfrageergebnissen *Statista*, Beurteilung der DDR als ein Unrechtsstaat in West und Ost, abrufbar unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/70712/umfrage/beurteilung-der-ddr-als-ein-unrechtsstaat-in-west-und-ost/>> abgerufen am 26.07.2021.

Weder die Enquete-Kommission noch ihre Nachfolgerin konnten es somit leisten, langfristig ein vereinendes nationales Narrativ in der Bevölkerung zu verankern. Die von einer Minderheit in der Kommission vorgebrachte Anschauung, die DDR sei ein legitimes System gewesen, hält sich hartnäckig in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund lässt sich argumentieren, dass die Nationenbildung noch immer nicht abgeschlossen ist. Eine andere Möglichkeit bestünde darin anzuerkennen, dass eine Beziehung zur DDR längst Teil der gesamtdeutschen Identität geworden ist.<sup>1091</sup> Aus einer Umfrage von 2016 ging hervor, dass sich 64,1 % der Befragten aus den neuen Bundesländern noch immer stark oder ziemlich stark mit der DDR verbunden fühlten.<sup>1092</sup>

Die Aufarbeitung des SED-Regimes hält bis in die Gegenwart an. Noch im Jahre 2019 wurde ein Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR verabschiedet.<sup>1093</sup> Dazu tritt der Umstand, dass sich viele Bürger:innen der neuen Bundesländer gegenüber Bürger:innen der alten Bundesländer benachteiligt fühlen. Eine 2019 durchgeführte Studie ergab, dass 42 % der Befragten aus den neuen Bundesländern der Meinung sind, dass Ostdeutsche sog. Bürger zweiter Klasse seien.<sup>1094</sup> Tatsächlich sind die Lebensrealitäten in Ost- und Westdeutschland auch heute noch sehr verschieden. Eine „Benachteiligung“ der Menschen der neuen Bundesländer besteht vor allem im wirtschaftlichen Bereich. In dem gesamten Zeitraum zwischen 1996 und 2019 lag der Bruttodurchschnittslohn in Ostdeutsch-

---

1091 Siehe zu diesem Thema ebenfalls  *Ganzenmüller*, Ostdeutsche Identitäten, Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit, abrufbar unter <<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/308016/ostdeutsche-identitaeten#footnode17-17>> abgerufen am 26.07.2021.

1092 *Rippel/Buntfoot/Malke/Rödel*, Ostdeutsche Identität: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben, abrufbar unter <[www.bpb.de/269349](http://www.bpb.de/269349)> abgerufen am 26.07.2021.

1093 *Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*, Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR und zur Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes, abrufbar unter <<https://dip.bundestag.de/experten-suche?term=he:br%20AND%20dr:537/19&f.typ=Vorgang&rows=25>>, abgerufen am 26.07.2021.

1094 *Infratest dimap* im Auftrag von MDR, 30 Jahre Mauerfall, Sind Ostdeutsche Bürger zweiter Klasse?, abrufbar unter <<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/30-jahre-mauerfall/>> abgerufen am 26.07.2021.

land erheblich unter demjenigen in Westdeutschland.<sup>1095</sup> Zudem weisen nach dem Sozialbericht für Deutschland von 2018, der von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Sozio-ökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung herausgegeben wird, Menschen der neuen Bundesländer insgesamt ein deutlich geringeres Maß an allgemeiner Lebenszufriedenheit als Menschen der alten Bundesländer auf.<sup>1096</sup> Zwar stieg die Lebenszufriedenheit in den letzten Jahren stetig, doch konnte das subjektiv empfundene Zufriedenheitsniveau Westdeutschlands bislang nicht aufgeholt werden.<sup>1097</sup>

---

1095 *Statista*, Höhe des Bruttodurchschnittslohns je Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland von 1996 bis 2019, abrufbar unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36305/umfrage/bruttodurchschnittslohn-in-ostdeutschland-und-westdeutschland/>> abgerufen am 26.07.2021.

1096 *Statistisches Bundesamt*, Datenreport 2018 - Kapitel 10: Werte und Einstellungen, S. 392, abrufbar unter <<https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018-kap-10.html>> abgerufen am 26.07.2021.

1097 Ebd.